

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechs mal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von wahren Lesern und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Sömming 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Meiser, G. m. b. H., Bernauerstr. für Wolff u. Schönlank für Kurtz u. Meiser, für den Harzer Teil Richard Mattiens, für Neume u. Ziercke Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 16 Pfennig, auswärts 40 Pfennig. Kleinanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehend ist der bei Zustellung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle: Sömming 48 (Fernruf Nr. 2314), Volkshaus, Sömming 4526 und Volkshaus (Steigertab) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 21.

Mittwoch, 25. Januar 1928.

3. Jahrgang.

Der Kampf um die Schule.

Die Volkspartei will wieder mal nicht so, wie die hohe Geistlichkeit.

Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien vertrat am Montag, über den § 20 des Reichsschulgesetzes, der sich mit der Simultanlehre befaßt, eine Verständigung herbeizuführen. Die Verhandlungen mußten jedoch ohne Ergebnis abgebrochen werden. Das Zentrum besteht auf den Entwurf, der für die Simultanländer eine Lebenszeit von 5 Jahren vorsieht, während die Deutsche Volkspartei die Aufrechterhaltung der Simultanlehre ohne jede Begrenzung wünscht. Die Möglichkeit einer Einigung beruhte man am Montag abend im Reichstag sehr pessimistisch.

Wie heute morgen die „Täg. Rundschau“ berichtet, wird der völksparteiliche Abg. Rantel einen Änderungsantrag zum Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes einbringen. Dieser Antrag soll die Umwandlung der

Schnittricht für Simultanlehren

In eine unbegrenzte Schulzeit bezwecken, während der Regierungsentwurf nur eine Lebenszeit von 5 Jahren vorsieht, und die Simultanlehren dann verfallen lassen will. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt gleichfalls, daß die Deutsche Volkspartei auf einer Stellung zum Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes auch in Zukunft nicht abgeben wird.

Die „Berliner Tageblatt“ erklärt demgegenüber: Für die Zentrumspartei ist der im Paragraphen 20 enthaltene Gebot ein Kernstück des ganzen Schulgesetzes. Mit vertriehen Nachdruck setzt sie sich dafür ein, daß in der Frage des Unterrichtes durch das Reichsschulgesetz allen Deutschen das gleiche Recht gewährt werde. Es ist für sie ein unerträgliches Gebot.

Daß nach dem Willen der deutschen Volkspartei gewisse deutsche Länder in dieser Beziehung unter ein Ausnahmeregime gestellt werden sollen. Falls es der Mehrheit des Ausschusses nicht möglich sein sollte, dieser grundsätzlichen Auffassung des Zentrums Rechnung zu tragen, so wird die Zentrumspartei die Verhandlungen sichtlich nicht vorzeitig abbrechen. Ihre Fortführung würde vielmehr noch

Gelegenheiten bieten, einen Ausgleich der bestehenden Gegensätze zu versuchen. Es ist ja auch nicht allein der Paragraph 20, in Bezug auf den wir noch bestimmte Forderungen durchzusetzen haben, vielmehr wird auch noch über den Paragraphen 9, der den geordneten Schulbetrieb behandelt, und den Paragraphen 14 zu sprechen sein, der gewisse Richtlinien für die

zum Religionsunterricht bestimmten Lehrbücher

aussieht. Der Paragraph 9 hat insolge der Formulierung, die er in der ersten Lesung gefunden hat, die Folge, daß er die Errichtung konfessioneller Schulen außerordentlich erschwert und im Paragraphen 14 wird bestimmt, daß die Auswahl der Lehrbücher im Einklang mit den Religionsgesellschaften zu erfolgen hat. Die enge Formulierung genügt der Zentrumspartei nicht. Sie verlangt vielmehr, daß über ihren Sinn hinausgegangen wird und die Worte „im Einklang“ an ihre Stelle treten.“

Und die Kosten?

Berlin, 24. Januar. (Hf.) Das Reichspostblatt befaßt sich am Montag u. a. auch mit der Kostenfrage für das Reichsschulgesetz. Von vorne in dieser Frage dem Druck der Opposition nicht mehr ausweichen. Vor allem fordert auch die Wirtschaft endlich Klarheit. Die Auseinandersetzungen im Kabinett führten am Montag aber noch nicht zu einem Aufschluß. Angeht es die Kostenfrage noch weiter durch Besprechungen zwischen Vertretern des Reiches und der Länder geklärt werden.

Die Rechnung der Sächsen.

Dresden, 24. Januar. (Hf.) Die sächsische Regierung hat die einmaligen Kosten zur Ausführung des Reichsschulgesetzes auf 37 Millionen Mark berechnet. Die laufenden Mehrausgaben sollen für Sachsen auf 3-4 Millionen Mark belaufen. Die sächsische Regierung stellt hier ausdrücklich fest, daß es sich hier nur „um eine rohe Wahrscheinlichkeitsberechnung“ handelt.

Deutschnationale Wahlmache.

Wozu Steuergelder mißbraucht werden.

Adt Tage lang hat der Ort der agrarischen Propaganda getobt. Auf Rügen ingenierte man einen Bäderstreik und die landwirtschaftliche Kammer in Steintin gearbete mehrere Ungehör an Projekten der Reichsfinanzminister, um der bereits abgelehnten Agrarfrage beizukommen. Seit hat der Reichsfinanzminister Siedle den Augenblick für gekommen, die Wünsche des Reichslandbundes im Kabinett durchzuführen. Er fordert zunächst einen

neuen Kredit für die Landwirtschaft von 100 Millionen Mark

Anschließend knüpft der Reichsfinanzminister mit dieser neuen Kreditforderung an eine Reihe vorliegender Projekte an, von denen das eine begehrensbewerben von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Jugenberg stammt. Die Projekte lesen u. a. vor, der Landwirtschaft die Einsetzung für die Rentengrundschuld in Höhe von 2 Milliarden Mark zu 5 Prozent, was pro Jahr 100 Millionen Mark ausmacht, zu erlassen. Nach Lage der Dinge bedeutet die Bewilligung dieses Bittens, daß die gesamte Rentengrundschuld der Landwirtschaft gelöst wird.

Der Reichstagsminister hat sich der Reichsfinanzminister Siedler vorläufig noch gegen die neuen Subventionen wehren, weil dafür keine Mittel mehr vorhanden sind. Der Reichsfinanzminister ist anscheinend auch davon überzeugt, daß der geforderte Kredit a fond perdu gegeben wird.

Die Reichsfinanzen werden die Millionen nie wiedersehen;

denn wenn die Fälligkeitstermine nahe, dürften die Kredite ebenso wie die anderen notleidend sein. Das Ende vom Lied ist dann, daß die Agrarier wieder neue Subventionen fordern. Trotzdem wird sich das Kabinett wahrscheinlich dem Bittens des Reichsfinanzministers fügen. Vielleicht werden diese Forderungen nicht reiflos erfüllt, aber 50 Millionen werden sichtlich an neuen Krediten locker gemacht. Dieser Kampf um neue Agrarkredite ist letzten Endes nicht anderes als ein

Kampf um die Wählerrolle.

Durch die Kreditation soll der kommende Reichstagswahlkampf zugunsten der Deutschnationalen Partei vorbereitet und beeinflusst werden.

Es ist bereits ausgedehnt bekannt, daß die Agrarpolitik des demokratischen Ministers für die Ernährung der Landwirtschaft völlig verlagert hat. Er hat die Landwirtschaft in eine Katastrophe, in die hereinbrechende Agrarkrise, werden. Um die empörten Geister nun bei der Stange zu halten, werden jetzt neue Kreditforderungen aufgestellt. Gibt das Reich neue Subventionen, dann kann man demnach in den Wahlversammlungen auf die „Erlöse“ Schielens verweisen. Wird der Kredit aber abgelehnt, so ergibt sich die ersehnte Gelegenheit, gegen die Koalitionsschritte in der bestimmten demagogischen Weise vom Felde zu ziehen. Anschließend stehen auch die Volkspartei und das Zentrum so sehr unter dem Einfluß der kommenden Wahlen, daß sie die Propaganda für einen erfolgreichen Kampf bereits fähig als ihre Pflicht, den Reichstag in Ordnung zu halten. Man wird also 50 Millionen an neuen Krediten bereitstellen und zwar selbst auf die Gefahr hin, daß der

Etat 1928 der erste Defizit-Etat

seit der Stabilisierung sein wird. Die Sozialdemokratie braucht sich von dieser Saug der Regierungsparteien nach Wahlparolen nicht beirren zu lassen. Es wird in der nächsten Session darauf verweisen können, wie die gegenwärtige Situation im Reich mit den Reichsfinanzen gewirtschaftet hat und das Reich abermals, befaßt wurde, ohne der Landwirtschaft dadurch geholfen zu haben.

Wir stehen heute in der deutschen Landwirtschaft ohne Zweifel vor einer Wandlung, wie wir sie seit den großen Agrarrevolutionen vor gut 100 Jahren nicht wieder erlebt haben. Die Sozialdemokratie verkennt die Not der Landwirtschaft nicht; aber sie will u. a. tagliche Verluste an untauglichen Objekten wie die Projekte des Reichslandbundes und der Hungerkredite vermeiden und der Landwirtschaft zu helfen. Diese Hilfe kann aber nur eintreten, wenn man die leistungsfähigen Betriebe rettet und die zusammenbrechenden Wirtschaften derart liquidiert, daß sich ihre Rentabilität in absehbarer Zeit wieder erheben läßt. Das ist ein historischer Prozeß von gigantischen Ausmaß. Er kommt in der Agrarpolitik Deutschlands zum Ausdruck, daß die zünftigen Kreditationen nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen und durchzuführen will. Man soll der preußischen Zentralregierungsstellen, die das gegebene Organ ist, eine vernünftige Regelung durchzuführen, ruhig die Bearbeitung des Problems überlassen und ihr nicht ins Werk schlagen, wie es Siedle mit seinen neuen Kreditforderungen tut. Es kommt darauf an — und das muß man endlich in allen Kreisen begreifen — die deutsche Landwirtschaft zu retten und

nicht bankrotte Großbetriebe,

die dem Untergang geweiht sind, über Wasser zu halten.

Stellung des bankrotten Großbetriebes ist aber das Ziel des Reichslandbundes, der Deutschnationalen und des Reichsfinanzministers Siedle. Deshalb hat der Abgeordnete Schlangensiefen am Freitag der verlassenen Woche in Steintin u. a. verlangt, daß die

kommenden Kredite auch an unrentable Betriebe gewährt werden.

Diese Forderung kann nur die mißliche Stellung der deutschen Landwirtschaft verbessern. Auch die Forderung des Reichslandbundes, in den einzelnen Bezirken Reichstommisjare einzusetzen, be-

Gegen die Bazillen-Kultur.

Ruth Fishers Abschiedsgastspiel im Reichstage.

Der Reichstag ließ am Montag eine Rede der Linksfractionsführerin Ruth Fisher

über sich ergehen. Was es ihr Schwanengesang? Dem nächsten Reichstag dürfte sie nicht mehr angehören. Sie konsequente Weltrevolutionärin ist sie von der deutschen kapitalistisch-kommunistischen Aufstandslinie in Berlin verbannt und aus eigener Kraft werden es die radikalen Kommunisten schwerlich zu einem Mandat bringen. Die um Blättern und Rosen erhalten die Moskauer Siphenden und nicht die Ruth Fisher, Scholen und Kap. Streikend scheidet Ruth ihre Verdammsurteile in den Saal. Die SPD wurde von ihr ebenso schneidig niedergewertigt wie die SPD. Brenner? Er ist ein gebornener Genosse der Sozialdemokratie. Der Kommunismus ist ein Schicksal unter Sozialdemokrat. Warum die kommunistische Aufregung gegen Rost? Kranber ist doch auch nicht viel besser. Ueberhaupt die SPD rettet jeglichen revolutionären Geist in ihrer Mitgliedschaft aus. Severing schmeißt sich bei der Bourgeoisie an und Blättern schmiedet sich bei Severing an. Das ist der ganze Unterschied. Die Kommunisten sind in Wirklichkeit gabne Reformisten, während Ruth Fisher als blutrote Jungfrau von Orleans den heiligen kommunistischen Krieg gegen das Bürgertum führt. Die reformistischen Kommunisten werden ihrer einst so umschwärmten Führerin heilebändige Zwischensätze an den Kopf. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schmugelt. Die Bürgerlichen sind an dem auf. Mit welchem Buhensopf tritt Ruth Fisher von der Tribüne ab und schreit mit Wäldern voller Begeisterung durch die Reihen der rechtskommunistischen Arbeitervertreter und Arbeiterbeine.

Nach dieser kleinen parlamentarischen Komödie hatte es der Reichstagsminister Dr. Köhler

schwer, das Ohr des Hauses für eine längere Erwiderung auf die Klatschfrist der Rede der Frau von gewinnen. Die Kritik hat allerdings den Reichstagsminister innerhalb 48 Stunden dazu zu erregen, die Finanzlage viel enger auszumalen als es in seiner Hauptrede geschehen war. Auch ihm graut vor dem Etat 1929 mit seiner vollen Damesbelastung. Er fordert strengste Sparmaßnahmen.

Das gab dem

Abg. Keil (Soz.)

das Stidwort zu einer temperamentvollen Oppositionsrede. Er zeigte auf den

Phoebus-Standal der Reichswahl.

Wie viele Millionen Mark mögen da noch in verdeckten Ecken ruhen? Was sind das für Zustände, wenn ein ichtlebiger Offizier hinter dem Rücken der Regierung über Millionenmarken verfügen kann? Keil nimmt sich dann den höchsten Standes vor, der nicht magt, dem Reichstagsler Lutzer a. D. zu sagen, daß er zu un-

recht im Verwaltungen der Reichsbahn sitzt, zu unrecht die Aufschlagsgebühren von

24 000 M im Jahre in die Tasche steckt.

Er ironisiert den Ministerbarnen Keudell, dessen Entschuldigungsreden niemand ernst nimmt. Dann wendet der württembergische Abgeordnete dem württembergischen Staatspräsidenten

Bazille, dem Landmann Napoleons,

Worte des Unterschiedes zwischen deutschnationaler Parteipolitik und einer Staatspolitik für die deutsche Nation, die von Bazille's Fratzen schweigend hingenommen werden. Keil sagt als Vertreter des württembergischen Volkes: Die württembergische Bevölkerung denkt nicht daran, dem deutschen Reiche die Treue zu händigen.

Die Jellen sind vorbei,

in denen ein Oberhaupt württembergischer Söhne des schwäbischen Volkes an einen feindsigen Eroberer verfallen konnte. An die Seite des schwäbischen Bauern und Bürgers ist jetzt noch der Arbeiter getreten, der sich zu einer starken sozialen Schicht und damit zu einem politischen Machtfaktor entwickelt hat und der die Reichseinheit nicht antauchen lassen wird. (Sehr richtig) bei den Sozialdemokraten wird bei seinen Landtagsversammlungen ein Proporzengesetz für die große Entscheidung im Reiche liefern, und dem deutschen Volke beweisen, daß bei ihm noch der thüringische alte Freiheitsdrang herrscht. Damit wird es sich im wahren Sinne des Wortes als deutsch und als national erweisen, und auch die sozialen Kräfte werden sich in Württemberg entfalten zur Schöpfung eines wahren sozialen Volkstaates. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten)

Die folgende Rede des deutschnationalen Duach ist auch recht kritisch gegen den Finanzminister seines Regierungsblochs abgefaßt. Sparmaßnahme ist schon Recht, meint Duach, aber das Konjunkturloos des Ministers ist eindeutig, und dann kommen die allgemeinen deutschnationalen Klagen auf die „Not der Landwirtschaft“, ganz uninteresslos, als ob alle Landwirtschaft ohne Ausnahme von einer Hungersnot bedroht seien.

Am Dienstag sollen die Staatsberatungen zu Ende geführt werden.

Billige Schweine, teures Fleisch.

Eine Erklärung des Ernährungsministers Schiele.

Im Haushaltsausgleich des Reichstages erdrierte Reichs ernährungsminister Schiele die Fleischpreise und führte dazu u. a. folgendes aus: Die Fleischpreise haben in der letzten Zeit eine starke Senkung erfahren. Es ist jedoch bedauerlich, daß der Konsum von den niedrigen Fleischpreisen keinerlei Vorteile verspürt. Die Spanne zwischen dem Stallpreis für Schweine und dem Ladenpreis für Schweinefleisch hat sich gegenüber dem Jahre 1913 um 50 Prozent erhöht.

Heeresreform in Frankreich.

bedeutet nicht die Rettung. Solange nämlich Schiele am Ruder ist, wird man diese Reichskommission aus den Reihen des Reichslandbundes nehmen und so auf Kosten der Steuerzahler die konträre Politik dieser demagogisch beeinflussten Institutionen fortsetzen. Trotzdem steht man in der Weibelnstraße im Begriff, der deutschen nationalen Wahlkampfe zu entsprechen und dem Willkür des demagogischen Kandidatenschieles die Leinwand nach Krediten schneidenden Illusionen eine andere Antwort wohl als die nachfolgenden Besorgnisse zu tragen. Eine Regierung, die auf ein derartiges Illusionsprogramm keine andere Antwort wohl als die nachfolgenden Besorgnisse zu tragen, verdient damit auch noch auf den letzten Rest von Autorität in breiten Schichten des deutschen Volkes.

Der Metallarbeiter-Kampf.

Verrätre Mosauer Parolen.

Die völlige Ausschaltung der Kommunisten und ihrer Presse durch die Streikleitung der mitteldeutschen Metallarbeiter hat die KPD in vollkommene Isolation versetzt. Ihre halbescheuige Begrüßung veröffentlichte am Montag einen Aufruf, in dem sie zum allgemeinen Massenstreik aufrief. Es sollen streiten: die Chemiewerker, alle Kategorien der Beuna-Arbeiter, die Bergarbeiter, die eben erst ihren Kampf siegreich beendet haben, die Landarbeiter und alles, was sonst noch von der KPD als freizulassend betrachtet wird. Wichtig ist hier die Erwähnung des Aufstandes im Juli 1921 und des Pläne vom Sommer heranzuzuschreiben. An Thüringen und Brandenburg, so heißt es, herrsche ebenfalls glänzende Kampfstimmung. Die schärfste Arbeiterschaft und die Arbeiter der Zubring arbeiten nur auf den allgemeinen Massenstreik. Für den Charakter der kommunistischen Hege ist folgender Satz die eine ganze Seite füllenden Aufsatz bezeichnend: „Weshalb ruft ihr euch? Weshalb begehrt ihr nicht auf? Weshalb fordert ihr keinen menschenwürdigen Lohn? Die Zeit der Knechtschaft und des kampflosen Duldens ist vorüber! Nehmt Stellung in Gruben und Fabriken! Ruht die günstige Stunde! Steht euch in die Kampffront!“

Erfolge sind diese gewissenlose Hege bei der Wehrzucht der Metallarbeiter, auch der kommunistischen, nicht haben. Der vernünftige Mensch weiß, daß solche sinnlose Streikparolen, wie sie Mosauer empfiehlt, keinen anderen Zweck haben than, als daß der gewaltige Kampf der 50 000 Metallarbeiter laboriert wird. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß die Kommunisten vom Bunde der mitteldeutschen Metallindustriellen für diese Mißliebe bezahlt würden. Wenn nicht, dann kommt nur Jersin in Frage.

Aussperrung in Saagen.

Berlin, 24. Januar. (Sig. Frumt.) Die schärfste Aufschlußarbeit hat sich ebenfalls die gesamte Beschäftigung ausgespart, weil sich die Arbeiter weigerten, den für verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 20. Dezember anzunehmen und für Hungerlöhne zu arbeiten. Von der Aussperrung werden etwa 2000 Arbeiter betroffen.

Rundgebung des Städtetages.

Der Vorstand des deutschen Städtetages,

der gestern zu einer Sitzung in Berlin zusammentrat, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der im Hinblick auf die gesteigerte Finanz- und wirtschaftspolitische Spannung an die deutschen Städtewahlmänner die dringendste Aufforderung gerichtet wird, jede vermeintliche Ausgabe zu unterlassen. Wenn sich durch die notwendige Ausgabenvermehrung bei den Gemeinden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Beschäftigungsgrad ergeben, so liegt die Ursache in der Finanzpolitik des Reiches. Während die Wirtschaft stürmisch eine Senkung der Reallohnkosten verlangt und eine Reihe von Unternehmungen die Befestigung der ihnen ungewohnten Steuern bekräftigt, so daß die Gemeindefinanzen immer mehr eingeklinkert würden, sollen den Gemeinden auch in den letzten Monaten fortgesetzt neue Lasten auferlegt werden. Die Wohnungsbaufrage für 1928 ist ungeklärt. Dazu komme, daß das Reichsdotationsgesetz eine weitere wesentliche Lastenentlastung zur Folge haben werde.

Separatistenprozess in Köln.

Wästen aus dem nationalen Sumpf.

In Köln wird gerade ein interessanter Befreiungsprozess verhandelt, dessen Höhepunkt am Samstag bei der Vernehmung der zwei wichtigsten Zeugen erreicht wurde. Die beiden Zeugen waren der frühere Separatist Amtsgeschäftsrat Riebing und der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, der im Jahre 1923 Reichsinnenminister war. Der Zeuge Riebing gab zu, daß die Separatisten von den Franzosen finanziell unterstützt worden sind. Sehr eingehend wurde Dr. Jarres vernommen. Er legte aus, der letzte Termin, an dem jeder Rheinländer erkennen mußte, wohin die Absichten des Separatistenführers Dörten führten, sei der 1. Juli 1919 gewesen. In der furchtbaren Nacht 1923 seien öffentliche Erörterungen darüber geführt worden, wie man aus dem Elend herauskommen könne. Alles seien aber nur ehrliche offene Ermahnungen erster politischer Männer gewesen und sie hätten stattdessen im rheinischen Provinzialparlament und in Gegenwart der Vertreter des Reiches und des Staates. Sie hätten mit der Separatistenbewegung auf keinen Fall verglichen werden. Wahrend für die Beteiligung an der Separatistenbewegung sei, daß der Privatadvokat Limbourg, der den Prozess jetzt angreift hat, noch nach dem 1. Juli 1919 mit Dörten in Verbindung gestanden habe.

Nach dieser Aussage kam es zu einem dramatischen Zwischenfall. Der Privatadvokat Dr. Limbourg machte sich gegen Dörten zu Wort und sagte: „Wenn Sie mir das in Düsseldorf gesagt hätten, so hätten Sie Dörten rechtig und links bekommen.“ Dr. Jarres forderte Ermahnung, wie Limbourg auf Veranstaltung seines Reichsanwaltes und des Vorsitzenden, Dr. Jarres zur Entschuldigung die Hand reichen wollte, erklärte dieser: „Ich kann Ihnen die Hand nicht geben, ich bitte nur um die Erklärung der Entschuldigung.“ Hierauf gab Limbourg die Erklärung auf seiner Entschuldigung dem Vorsitzenden ab.

Am Reichstagsauschuss für Wohnungsfragen führte der Abgeordnete Lipinski (Soz.) am Montag aus, daß in Deutschland bis zum Jahre 1935 rund 2,5 Millionen Wohnungen gebaut werden müßten; erst dann könnte die Wohnungsnot tatsächlich als erledigt angesehen werden. Der Redner hält es unbedingt für notwendig, ein planmäßiges Bauprogramm aufzustellen. Heute herrsche man alles dem Zufall und führe nichts plan- und regelmäßig durch. Dadurch werde die Mitermittlung der Wohnungsnot nur erschwert. Vgl. Schirmer erklärte, daß ohne die Hilfe der öffentlichen Hand die Wohnungsnot nicht behoben werden könne. — Weiterberatung Dienstag.

Die französische Kammer hat soeben nach monatelangen Beratungen das Gesetz über die Herabsetzung der gegenwärtigen 1½-jährigen Dienstzeit auf ein Jahr verabschiedet. Die Sozialisten aber, die eigentlichen Vorstärker dieses Fortschrittes, haben dem Entwurf ihre positive Zustimmung verweigert und sich der Stimme enthalten. Diese Stellungnahme erklärt sich daraus, daß das neue Gesetz für ausgeführt wurde, daß man nur noch von einjähriger Dienstzeit unter Vorbehalt sprechen kann. Abgesehen davon, daß es erst am 1. Nov. 1930 in Wirksamkeit treten soll, ist auch dieses Datum keineswegs endgültig gefestigt, sondern nur „grundsätzlich“ vorgezogen. Erst müssen etliche Vorbedingungen erfüllt werden, insbesondere muß die Heranziehung von mehreren Zehntausend Reservisten und Militärdienstleistungen bis zu diesem Zeitpunkt gelingen, sonst wird es auch über den 1. November 1930 hinaus bei der 1½-jährigen Dienstzeit bleiben. Als sozialistischer Verbesserungsvorschlag, einjährig einjährige Dienstzeit von Renaudet, den 1. Mai 1930 als Stichtag zu bestimmen, wurden mit Hilfe der Bertragsfrage, die



Kriegsminister Painlevé.

als williges Werkzeug des französischen Generalstabes, jedesmal Stelle, mit der nötigen Regierungsmacht ausgestattet. Natürlich erfüllt der sozialistische Antrag die „Vorbedingungen“ überhaupt zu freizugehen und das Gesetz bedingungslos anzunehmen, das gleiche Schicksal; nur die Sozialisten, die Kommunisten und eine Minderheit der bürgerlichen Linken können ihrem Wahlversprechen von 1924 bis zuletzt treu.

Dem es handelt sich bei diesem Gesetz um die Verwirklichung einer systematischen Militärreform, die ihren Ursprung in dem Gedanken hat, die Jean Jaures in seinem grundlegenden Wert über „die neue Armee“ entwickelt hat. Bestimmlich bestand vor dem Kriege bei den meisten Berufsmilitären der Überzeugung, daß ein Krieg nur mit einem möglichst starken Heer erfolgreich geführt werden kann. Dem der

Verkappte Stahlhelmer.

Die sogenannte „Mitsozialistische Partei“

hat am Sonntag in einer Sitzung in Dresden beschlossen, anlässlich der kommenden Reichstagswahlen ebenfalls Kandidaten aufzustellen. Der Plan geht dahin, in allen Wahlkreisen kandidieren zu lassen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die „Mitsozialistische Partei“ der „Mitsozialistischen Partei“ zum Austritt aus dem Reichsbanner mitzuzwängen. Die Mitsozialisten haben nicht entgegen ihren früheren Behauptungen klar zu erkennen gegeben, daß sie sich gegen den Bund der Nationalsozialistischen Arbeiter und Arbeiterinnen begeben haben. Sie hätten beides auch ganz offen zum Eintritt in den Stahlhelm auffordern sollen; denn da gehören sie in Wirklichkeit hin.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

hat sämtliche Gauvorstände mitgeteilt, daß er die mitsozialistische Partei nicht mehr als republikanische Partei ansehe, jedoch deren Mitglieder nicht ohne weiteres dem Reichsbanner angehören könnten. Der Beschluß wird damit begründet, daß die mitsozialistische Partei Sachhens im Jahre 1926 als republikanische Partei im Sinne des § 11 des Bundesstatutes anerkannt worden ist, weil man damals von der Auffassung ausging, daß der Bestand dieser Partei nur ein vorübergehender sein würde.

Am Schluß erklärt der Bundesvorstand, unterzeichnet Hering, nach, daß auch die Neuerungen des Schriftleiters Reichlich, die nationalsozialistisch seien, mit dazu beigetragen hätten, jene Anerkennung von 1926 aufzuheben. Im Einzelfalle müsse geprüft werden, ob Mitglieder der mitsozialistischen Partei im Reichsbanner als Einzelmitglieder anerkannt werden könnten.

Die Kirche lüftet den Schleier.

Ein Stück aus Anhalt.

In die gegenwärtigen Verhandlungen über das Reichsdotationsgesetz leuchten wie ein grelles Schlaglicht Mitteilungen hinein, die aus Dessau kommen und berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Die kirchlichen Hochwürden von Anhalt haben dem Herrscher Hans Richter aus Beipoltsdorf in aller Form die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens angedroht, wenn er nicht freiwillig und umgehend durch Einreichung seines Resolutionsentwurfes das Feld seiner Tätigkeit räumen würde. Richter ist Sozialist und erklärt auf seine Behauptung, man möchte ihm die Zustände nennen, die zur Beaufichtigung seiner Amtsführung geführt hätten, folgendes Schreiben:

„Mir entnehmen unseren Zweifel an Ihrer Gesinnungheit zur Befreiung eines geistlichen Mannes in unserer Landeskirche aus Ihrer Schrift: „Von Glauben deutscher Bildung“ (Verlag Beipoltsdorf, Götting) sowie Ihrem Bericht über die bekannte Versammlung im Ziwl (Dessau) am 19. Oktober. Weitere Mitteilungen müssen wir gütigst ablehnen.“

Die angezogene Schrift, die aus dem Geiste der liberalen protestantischen Theologie entstanden ist und gegenwärtig der höchsten Fakultät in Halle zur Begutachtung vorliegt, dient, wie jeder Kenner der kirchlichen Verhältnisse weiß, nur als Werbemittel. Man will in Anhalt nicht den liberalen Theologen, sondern den sozialdemokratischen Geistlichen erliegen. Daher ist der zweite Punkt der Antlage der eigentliche und entscheidende. Was ist geschehen? Herrscher Richter sprach am 19. Oktober in einer Volksoberversammlung über das Thema: „Hörpredigerchristentum und

Krieg würde nur kurz und in den ersten Schichten entschieden sein, ehe die Reflektion in Aktion treten können. Von diesen Grundannahmen ausgehend, die sich bald danach als grundlegend herausstellten, legte im Jahre 1913 der französische Generalstab die Erziehung der damaligen zweijährigen Dienstzeit auf drei Jahre durch. Berechnungs-kämpfe damals lautes auf der Spitze der Dänen gegen die Verleugern des Generalstabes. Wenige Monate später folgte der Gang der militärischen Ereignisse bewies, daß der sozialdemokratische „Bau“ die Bedeutung der Reflektion viel richtiger erkannt hatte, als der „unsehbarer“ Generalstab.

Nach dem Friedensvertrug ging man nun auch in Frankreich langsam dazu über, die Lehren aus dem Weltkrieg zu ziehen. Man setzte zunächst die dreijährige Dienstzeit auf zwei Jahre, jedoch am 1. März 1926 herab. Immer waren es die Sozialisten, die in diesem Kampf für die Demotisierung des Heeresgebietes, d. h. für die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit, für die Herabsetzung des lebenden Heeres und für die Ausbildung der Reflektion im Sinne des Militärs waren, führend waren. Der Generalstab übte dagegen passive Resistenz. Die achtzehnmönatige Dienstzeit sollte nach den Verfügungen der Regierung nur eine Übergangsmaßnahme auf dem Wege zur Einführung der einjährigen Dienstzeit sein. Die Sozialisten veranlaßten vor vier Jahren alle Parteien des Linksblocks, sich auf die Förderung der einjährigen Dienstzeit festzusetzen — die nach Ansicht der Sozialisten später weiter herabgesetzt werden sollte bis zur Vermittlung des Militärsystems nach Schweizer Muster.

Aber unter der Regierung der „nationalen Einigkeit“ hat nicht allein die Politik, sondern auch der Generalstab wieder an Einfluss gewonnen. Genau so wie in Belgien die Generale die sozialistische Förderung der sechsmönatigen Dienstzeit vorläufig zu Fall gebracht haben, so haben nun auch in Frankreich die Generale erklärt, daß die „Sicherheit Frankreichs“ eine sofortige Einführung der einjährigen Dienstzeit nicht zulasse und das letztere an die bereits erwähnten „Vorbedingungen“ geknüpft werden müsse. Vor den „unsehbareren“ Generalstabern find natürlich alle schwanenden Elemente der Linksparteien, vor allem die Bolsharen, Minister Boinelle, Herriot und Briand zu sammeln. In Anhalt Frankreichs „Schicksal“ ist wieder ein großer Streit, da mindestens während zweier weiterer Jahre die französischen Rekruten sechs Monate länger in den Kasernen und auf den Exerzierplätzen geübt werden sollen.

In diesem Beschluß mag man erkennen, wie groß die Widerstände sein dürften, die sich bei den weit rabulierten Abrüstungsmachungen in Frankreich und in anderen Siegerländern entgegenstellen werden, die das Weltbündnis nicht vorliegt und die auf der geplanten Konferenz zur Debatte stehen werden. Der deutsche Militarismus ist durch die Niederlage zumwunderbar und setzt nur noch ein zwar innerpolitisch führend, aber außenpolitisch ungeschickliches Dasein. Aber der Militarismus in den Siegerländern ist eben so hart wie vor dem Kriege. Er hält an seinen Vorurteilen von 1914 fest und spielt den Kampf seiner Unfähigkeit jedoch nicht erfolgreich aus, wenn es gilt, einen demokratischen Fortschritt zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen.

Kulturkollision wider Republik und Selbstbestimmung. Das laut protestantische Stahlhelmschristentum eines „Hörpredigers“ Wiedemann und der Kampf gegen das reaktionäre Reichsdotationsgesetz sind Anhalt und Gegenstand dieser Verammlung gewesen. Dagegen also Stellung zu nehmen, ist ein Verbrechen, das mit Anwesenheit bestraft werden soll. Man laßt sich an den Kopf anhängen einer solchen Katastrophenspektakel der Kirche.

Zweifellos aber sind die Vorgänge in Anhalt ein Sammelplatz, daß in Bezug auf den Schultypus der Gemeinden allen, die es noch nicht wußten, insbesondere der noch schwanenden Zeilen der Reichsdotationskommission bringt, was von der Ditholdologie zu erwarten ist, wenn der Reichsdotationsgesetz nicht durch die Kirche von ihrem Hause u. Herrentum gegenüber müde müde liberalen, demokratischen und sozialistischen Lehren Gebrauch machen wird. Es ist zu hoffen, daß, nachdem die Ditholdologie unvorsichtigerweise an der einen Stelle der Kirche geklärt dem Schleier gelüftet hat, nunmehr erst recht alle Kräfte mobil gemacht werden, um das verhängnisvolle Reichsdotationsgesetz endgültig zu Fall zu bringen und so den reaktionären Wiedemannsiten im allgemeinen und im besonderen dem Genossen Richter gegenüber wirksam zu begegnen.

Thälmann aus Oesterreich ausgewiesen.

Wien, 23. Januar. (Sig. Draht.) Der deutsche kommunistische Abgeordnete Thälmann wohnte am Sonntag nachmittag einer Erhebungsversammlung des österreichischen Roten Frontkämpferbundes. Er wurde nach der Verammlung von der Polizei verhaftet und veranlaßt, mit dem nächsten Zug Oesterreich zu verlassen.

Eine größere Delegation des Deutschen Roten Frontkämpferbundes, die ebenfalls an der Veranstaltung teilnehmen wollte, wurde nach einer Werbung von bürgerlicher Seite im Auftrag des Bundesanwaltes bereits an der tschechisch-österreichischen Grenze angehalten und an der Weiterreise verhindert.

Thälmann kündigte an, daß er seine Verhaftung in den nächsten Tagen im Reichstag zur Sprache bringen werde.

Verurteilte Rote-Front-Kämpfer. Das halbesche Schwurgericht fällte nach niedrigerer Verhandlung des Urteils gegen 16 Rote-Front-Kämpfer, die sich wegen „Landfriedensbruches“, beantragt am 3. Juli 1927 in Weimar bei einem Justizhof mit der Leinwand in der Reichshalle, zu verurteilt worden. 18 der Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 1 Jahr 9 Monaten verurteilt, 3 wurden freigesprochen.

Erlaß an die Wehrmacht. Ein Erlaß des Reichswehrministers Groener an die Wehrmacht lautet: Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten an die Spitze des Reichswehrministeriums, haben, habe ich heute die Amtsgeschäfte übernommen. An der letzten Überzeugung, daß unsere gemeinsame Arbeit von nicht geringem Vertrauen getragen sein wird, treue ich allen alten und jungen Kameraden ein herzliches Glück an.

Die Ausrückung der Reichswehr in Ostpreußen am 18. Januar die Reichswehrlogge. Regierung und unzufriedenen Pflichten wurde von Reichswehrsoldaten bedeutet, daß die Befreiung der Reichswehr-Gründung von 1871 erfolge. Was laßt der neue Reichswehrminister zu Bayern und Württemberg? Landtagswahlen in Bayern und Württemberg am 29. April. Voraussetzungen werden die bayerischen Landtagswahlen ebenso wie die Wahlen zum württembergischen Landtag am 29. April stattfinden.

Nationaler Verbrecher festgenommen.

München, 22. Januar. (Eig. Drahtm.) Auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters beim Landgericht Steinfurt ist am Sonntag der ledige Kaufmann Oberleutnant a. D. **Seiniger**, ein Truppführer des Bundes Rotbach, in der oberbayerischen Stadt Spongau durch Münchener und Steinfurter Kriminalkommission festgenommen und am Montag früh nach Steinfurt abtransportiert worden.

Seiniger ist eines Verbrechens der Anpöpfung zum Mord dringend verdächtig, bei im Sommer 1920 auf einem gemeinsamen Out an einem Angehörigen des Bundes Rotbach begangen worden ist. Oberleutnant Seiniger ist eine der übelsten Erscheinungen aus der Münchener Mafscherei. Er war langjähriger Stützpunkt und hatte als solcher bis in die letzte Zeit hinein Pfandhändl, Heberellei und Verarmungsstörungen provoziert und sich dabei immer eine sehr milden Folgen erfreut. Vor einigen Monaten ist er ganz plötzlich aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschieden worden. Seitdem zog er nach einer Landbesitzerin mit einer Spielfarbe, bestehend aus Angehörigen der Schützlinge, im Lande herum und jagte gegen Angehörige der verschiedenen Orden religiöse und Kriegeslieder. In Spongau wollte er eben Vorbereitungen für ein neues Gastspiel treffen.

Gewerkschaftliches.

Ein Kampf ums Recht.

Reichsarbeitsminister gegen Einheitsverband.

Am Kampf gegen die ungesetzliche Vertretung der Arbeitgeber durch den Reichsarbeitsminister Dr. Koch hat der Einheitsverband der Eisenarbeiter Deutschlands, wie sich bei den Verhandlungen vor dem Berliner Arbeitsgericht herausstellte, auch das Reichsarbeitsministerium als Gegner. Merkmaligester war der Vertreter der Hauptverwaltung der Reichsbahn bei den Verhandlungen in der Sache, sich plötzlich auf einen Befehl des Reichsarbeitsministers zu stützen, indem gegen die Rechtsauffassung des Einheitsverbandes Stellung genommen wurde.

Seit wann ist es üblich, daß der Reichsarbeitsminister in einem schwebenden Rechtsstreit durch Befehle oder Entschlüsse und dazu auch noch zugunsten einer Partei eingreift? Seit wann stellt sich der Reichsarbeitsminister so offen auf die Seite des Arbeitgebervereins? Das Vorgehen des Reichsarbeitsministers wird aber noch dadurch verkompliziert, daß keine einheitliche Stellungnahme nur dem Antragseegner des Hauptvereins der Reichsbahnverwaltung zugänglich gemacht wurde. Der Hauptbetriebsrat und sein Vorsitzender wurden vom Reichsarbeitsministerium über dessen Stellungnahme nicht unterrichtet. Sie wurden im Termin vor dem Amtsgericht am 17. Januar von dem „Befehl“ des Reichsarbeitsministers überrascht. Der Prozessleiter der Hauptverwaltung zog plötzlich das Schriftstück des Reichsarbeitsministers aus der Tasche, um mit diesem Trupp die Rechtsauffassung des Einheitsverbandes über den Saiken zu werfen. Das ist zwar nicht gelungen, da die Stellungnahme des Einheitsverbandes gefälligst untertaucht und rechtlich einwandfrei begründet war. Allein das ändert nichts daran, daß hier vom Recht vor Gericht gegen den Reichsarbeitsminister ein wenig faires Spiel getrieben wurde. Es ist ein vollkommen ungesetzlicher Zustand, wenn der Reichsarbeitsminister oder irgend eine andere beherrschende Stelle in unverantwortlich einseitig in einen Rechtsstreit Partei ergreift. Gegen das Vorgehen des Reichsarbeitsministers muß ganz entschiedene Verwahrung eingelegt werden. Im übrigen behält sich der Einheitsverband weitere Schritte vor.

Die unmögliche Verordnung des deutschnationalen Reichsvereinsministers, deren Ungesetzlichkeit feststeht, sollte allem Anschein nach mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es ist unerlässlich, daß der Einheitsverband in diesem ungleichen Kampf, in dem fünf Hauptbetriebsräte, Betriebsminister, die Christen, die Kirche und das Reichsarbeitsministerium gegen einen Handen, trotzdem ein solches Urteil ergab hat. Das gibt Grund zur Hoffnung, daß der Einheitsverband seinen Kampf ums Recht auch vor dem Reichsarbeitsgericht mit Erfolg bestehen wird.

Die Silviolegung des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes und die Vorbereitungen sind auf der Berliner Tagung des IGB, auf 6 Monate vertagt worden. Der Ausbruch des IGB, bezüglich, sich mit einem Fragebogen an die angeschlossenen Landeszentralen zu wenden, um sie zur Formulierung von bestimmten Vorschlägen zur Eintragung der Gewerkschaften im Reichsregister zu bewegen. Der Ausbruch des IGB, bezüglich, sich mit einem Fragebogen an die angeschlossenen Landeszentralen zu wenden, um sie zur Formulierung von bestimmten Vorschlägen zur Eintragung der Gewerkschaften im Reichsregister zu bewegen. Der Ausbruch des IGB, bezüglich, sich mit einem Fragebogen an die angeschlossenen Landeszentralen zu wenden, um sie zur Formulierung von bestimmten Vorschlägen zur Eintragung der Gewerkschaften im Reichsregister zu bewegen.

Aus der Partei.

Lebensjahr der Partei. Am 61. Lebensjahr verfiel in Lützke der Senator Benno Paul Hoff. Der Verstorbenen gehörte zu denjenigen Mitgliedern des Reichstages, die nach der Novemberrevolution im Jahre 1919 als Vertreter des arbeitenden Volkes in diese Körperschaft gewählt wurden. Am 15. Dezember 1867 in Lützke geboren, wurde der früh verwaiste Knabe im Waisenhaus erzogen, lernte als Maschinenbauer und war lange Jahre in industriellen Betrieben tätig. Am Gewerkschaftsstand, im Deutschen Metallarbeiterverband und in der Arbeit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei war er in führenden Stellen jahrelang tätig, bis ihn das Verlangen seiner Parteigenossen, aber auch bürgerlicher Kreise, 1919 in den Senat berief. Am Heiteren Ende hat sich seitdem besonders auf sozialpolitischen Gebiet betätigt, als Leiter der Behörden für das Jugend-, das Arbeits- und Wohlfahrtsamt, schließlich als Vorsitzender der alle diese sozialen Aufgaben umfassenden Behörde für Arbeit und Wohlfahrt.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Was wird mit den Fememördern?

Berlin, 24. Januar. (Eig. Funkm.) Die deutschsprachige Presse weiß heute zu melden, daß der zum Tode verurteilte Fememörder Oberleutnant Schütz bereits nach Pöhlagen in die sogenannte „Mörderzelle“ überführt werden wird, und dort der Entschuldigungs-„Mörderzelle“ überführt werden wird, und dort der Entschuldigungs-„Mörderzelle“ überführt werden wird, und dort der Entschuldigungs-„Mörderzelle“ überführt werden wird.

Berliner Verkehr.

Berlin, 24. Januar. (Eig. Funkm.) Im Jahre 1927 wurden in Berlin nach einer hohen erschienenen Statistik von den städtischen Verkehrsmitteln und der Stadtbahn 1.977 Millionen Menschen befördert. Im Vergleich zu der Statistik über den Verkehr 1926 und 1926 bedeutet diese Beförderungsziffer eine Steigerung um mehr als 100 Millionen.

Kindesmord eines Dienstmädchens.

Berlin, 24. Jan. (Eig. Funkm.) Am Montag wurde in Berlin eine 23 Jahre alte Hausangestellte unter der schweren Beschuldigung, ihr neugeborenes Kind getötet zu haben, festgenommen. Das Mädchen war bei einer Familie in der Hofsteinschen Straße in

Stellung. Es geriet in den Verdacht, einen Hausdiebstahl verübt zu haben. Dem Verlangen der Hausfrau, ihren Koffer zur Kontrolle aufzumachen, widerlegte sich das Mädchen lange Zeit hartnäckig. Unter Tränen gab es endlich nach und nun erklärte sich die Angestellte. Am dem Koffer lag die amgetöte Leiche eines neugeborenen Kindes. Martha S. hat, wie sie angibt, in der Nacht zum Sonntag dem Kinde das Leben geschenkt. Bald nach der Geburt hätte sie es und verlegte die Leiche zu verbrennen. Der liebe Gerechtigkeit veranlaßte sie, davon Abstand zu nehmen und so verbrang sie das Kind in ihrem Koffer.

Arbeiterregierung in Norwegen?

Oslo, 24. Januar. (Eig. Funkm.) Der Führer der norwegischen Arbeiterpartei Gen. Nafsen, wurde vom König beauftragt, die Bildung einer Arbeiterregierung zu versuchen.

Britische Reichstagenkonferenz 1930.

London, 24. Januar. (Eig. Funkm.) Die nächste britische Reichstagenkonferenz wird im Jahre 1930 abgehalten werden, wenn die Wahlen in Großbritannien, Südafrika, Australien und Neuseeland stattgefunden haben.

Der amerikanisch-französische Notenwechsel.

Paris, 24. Januar. (Eig. Funkm.) Die Antwort Kelloggs auf die letzte Note Brantons dürfte erst in 14 Tagen zu erwarten sein. Kellogg beabsichtigt zunächst in einem Meinungsausgleich mit denjenigen Regierungen einzutreten, die evtl. zur Teilnahme an dem Pakt in Frage kämen.

Der Präsident der Artisten.



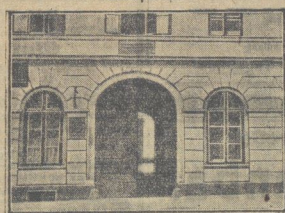
Max Bezel-Konarov,

der Vorsitzende der Internationalen Künstlergenossenschaft, feierte am 21. Januar seinen 60. Geburtstag. Er erntet sich in den Kreisen des führenden Volkes der großen und kleinen Kritiken großer Beliebtheit, weil er die Artisten zur gewerkschaftlichen Organisation erregt hat und über ihre wirtschaftlichen Interessen wacht.

Ein literarischer Streit vor Gericht.

Der der Strafkammer des Münchener Landgerichts als der Verurteilten, fanden sich am Sonntagabend die Herausgeber zweier literarischer Zeitschriften gegenüber. Wolfgang von Weber, der Herausgeber des Münchener „Zweibeilich“ führte die Streitigkeiten gegen Dr. Hoas, den Herausgeber des Berliner „Literarischen Welt“ und deren Redakteur Rosen. Der Klage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der „Zweibeilich“ hatte vor Jahresfrist den Roman „Ritter des Todes“ von Albert Ehrenstein in einer Kritik heruntergerissen, was die „Literarische Welt“ unter beleidigender Apologetisierung des „Zweibeilich“-Herausgebers anprangerte. Die Folge war eine Beleidigungsklage Webers gegen Hoas und Rosen, die mit einem Vergleich und einer Ehrenerklärung für Weber endete. Die in der „Literarischen Welt“ veröffentlichte Ehrenerklärung entsprach aber nicht dem vereinbarten Wortlaut, und bei der erzwungenen Wiedergabe des Wortlauts erob Dr. Hoas neue heftige Angriffe gegen den Herausgeber des „Zweibeilich“, jedoch es zu einer neuen Beleidigungsklage kam. Diese führte zur Verurteilung des Herausgebers und des Redakteurs der „Literarischen Welt“ zu je 600 Mark Geldstrafe und Freigabe der Rosen. Die Beurteilten legten Berufung ein, die aber nach dreitägiger Verhandlung in vollem Umfang verworfen wurde.

Das Sterbehause Franz Schuberts als Museum.



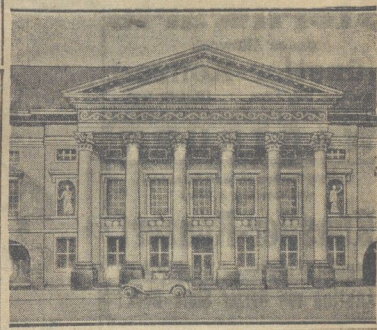
Das Schubert-Haus in der Altenbrosamalgasse.

Die Stadt Wien will das Sterbehause des vor hundert Jahren verstorbenen großen Komponisten Franz Schubert als zweites Schubertmuseum einrichten. Das Geburtshaus Schuberts in der Naglerstraße ist bereits vor längerer Zeit zu einem Museum umgewandelt worden. Die pietätvolle Wächter des Magistrats Wien wird überall, wo die „Winterreise“, die „Wälder-Gebete“ und der „König“ gelangen, die Klavierstücke, Kammermusik und Sinfonien Schuberts gespielt werden, Widerspruch finden.

Flugzeugunfälle. Ein Postflugzeug, das zwischen Bergigan und Cabalana verkehrte, ist in der Nähe von Zaragoza (Spanien) abgestürzt. Unter den Trümmern des Apparates, der Feuer gefangen hatte, wurden die verstorbenen Leiden zweier Passagiere herangezogen. Der Pilot war schwer verletzt. Ein deutsches Postflugzeug, das aus Barcelona kam und Marcella unterwegs war, erlitt eine Notlandung und mußte in der Nähe von Fontpauilla (Katalonien) heruntergehen. Die Reisenden blieben unverletzt. Ein anderes deutsches Flugzeug, das von seinem Kommandanten Hans Kamm geführt wurde, mußte infolge eines Propellersturzes auf einem Felde in der Nähe von Reigun (Frankreich) landen. Die Passagiere, zwei Amerikaner, die von der französischen Regierung kamen, erlitten leichte Verletzungen. Das Flugzeug konnte nach einer Reparatur seinen Flug nach Stuttgart fortsetzen.

Fahrerunfall. Bei der Ausführung einer Reparatur an einem Fahrgestell des Postkutschens am Reichstagsufer 12 in Berlin führte der Schloßer Wilhelm Jentel am Montag in den Fahrerunfall. An hoffnungslosem Zustande wurde er in eine Klinik gebracht. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß sich aus bisher nicht gekannten Gründen der Fahrer in Bewegung setzte. Beurlaubte Speiseführer. Vom Kaiser Schützenregiment wurde am Montag ein neuer großer Speiseführerprozess abgeschlossen. Drei der Angeklagten wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen, weitere 14 kamen mit leichteren Geldstrafen. Die beiden Hauptangeklagten wurden zu je 135.000 Mark Geldstrafe und 60.000 Mark Wertersatz bzw. drei und zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Neues Theaterhaus in Dessau.



Der Theaterneubau in Dessau.

Die anhaltische Hauptstadt hat an Stelle des 1820 erbauten und 1922 abgebrannten alten Hoftheaters ein neues Theaterhaus erhalten. Es ist mit allen modernen Bühnentechnischen Errungenschaften ausgestattet und wurde nach den Plänen des Architekten Eiler ausgeführt.

Einbrüche in Berlin. In der Silberbergendlung von Bechling u. Co. in der Gierkestraße in Berlin wurde ein dreifacher Einbruch verübt. Den Dieben fielen Stoffe im Werte von über 60.000 Mark in die Hände. Sämtliche Räume der Großhandlung waren aufbrochen und die Lager durchsucht. Die Einbrecher waren von dem Dach des Nachbargebäudes nach Durchbrechung einer Brandmauer in das Haus eingedrungen. Mit Raschschüssen und Stemmeln gelang es ihnen dann, durch alle verschlossenen Türen in das Geldlager einzudringen. — Eine andere Einbrecherkolonne stürzte in der gleichen Nacht einem Herrentenkonjunkturgeschäft im fünften Stock des Hauses Köpenickerstraße 114 in Berlin einen Besuch ab, wobei den Dieben für 2000 Mark Werte in die Hände fiel. Auch hier hatten die Einbrecher ihren Zugang vom Dach des Nachbargebäudes aus genommen. Durch eine Alarmglocke war aber ein Wächter aufmerksam geworden, der einen der Diebe, den 23jährigen Erich Laues, auf dem Boden erwischen konnte. Seine Komplizen sind entkommen. — Eine dritte Bande verübte eine Silberbergendlung in der Leipzigerstraße 41 in Berlin heimlich. Vermutlich handelte es sich um dieselben Einbrecher, die bei dieser Firma am zweiten Weihnachtsfest für 40.000 Mark Silberstücke erbeutet hatten. Vor jünger Einbruchverhütung schickte jedoch die Alarmwächterung die Diebe verhaftete.

Statt Karten.
Für die uns zur Vermählung in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit und Beisein sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank!
Weßfeldt, den 24. Januar 1928.
Franz Schmidt und Frau Hedwig geb. Segel.

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, für die zahlreichen Kranzpenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, sage ich allen Verwandten und Bekannten herzlichen Dank.
Insbesondere danke ich den Herrn Lehrer Berg, dem Reichsbanner und der Sozialdemokratischen Partei.
Oscheralben, den 24. Januar 1928.
Frau Witwe Anna Große.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll am 15. März 1928, vormittags 9^{1/2} Uhr, an der Gerichtsstelle, Landratsgebäude Zimmer Nr. 8, versteigert werden, das im Grundbuche von Orosleben, Band 62, Blatt 1636, eingetragen Eigentümer am 31. Dezember 1927, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks: Der **Waltur Demann Danemann in Orosleben** eingetragene Grundstück Nr. 10 am Dieb vom Blau 727; Grundfläche 4 ar 10 qm, Katastr. Nr. 7, Karte Nr. 506/54; 1/2a 1/2b 1/2c groß. Neumarkt 3.113 Zeller Grundbesitznummerliste Nr. 1794.
Anberufend, den 20. Januar 1928.
Preuß. Amtsgericht, Abt. 4.

Complex Homöopathie - Biochemie
Augendiagnose
Behandlung von Herz-, Nieren-, Leber-, Hagen-, Darm-, Nervenleiden, Asthma, Rheumatismus, Gicht, Verkalkung, Anschlage, Krämpfe, Zuckerkrankheit usw., besonders veraltete Fälle.
Agathe Dedeck, Halberstadt, Walter Rathenaustr. 43
Sprechzeit jeden Donnerstag 9-12 Uhr und 1-4 Uhr.

Reife Fische, arabe Fische, 38 hat beste und in Stücke!
Im vorerwähnten Verzeichnis von Halberstadt u. Umgebung bringe ich meine vorräthigen Spezialsorten in Erinnerung.
Gr. Portion . nur 60 Pf.
Lieferung auch außer dem Hause.
Hochsee - Restaurant
(Café de la Marine)
Göddenstraße 14 :: Fernruf 2661

Sternwarte
Jeden Mittwoch
Künstler-Konzert
Anfang 3^{1/2} Uhr. Eintritt frei.

WARTBURG
Jeden Mittwoch und Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Künstler-Konzert
Kapelle Görcke. Eintritt frei.
Anstich von Harzer Stark-Bock!

Seite Mittwoch frisch geschlachtet
Empfehle: Feines Gewürst, Leber u. Nierenli, Im Schweinebraten, frische Knochen u. Gersten.
Bäckerei und Säckerei Palm
Schubstraße 11, Telefon 1394.

Arbeiter-Bildungsausschuss Quedlinburg.
Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus

2. Winter-Konzert
ausgeführt vom Quedlinburger Konzert-Orchester
Selling: Kapellmeister Guido Bittum u. a.
Eintritt 60 Pf. Fernruf 60 Pf.

Hasen-Weißbrot
Kaufr. Ziegler. Hasen-Weißbrot. Täglich frisch gebacken.
Fellverwertung Beguinenstr. 11

Arbeiter-Radfahrer-Berein
Sonntag, den 29. Januar, in sämtlichen Sälen des „Odeum“
Masken-Ball
2 Musiktabellen. — Blas- und Streichmusik. Auführungen verschiedener Art.
— Einzug des Prinzen Karneval —
Prämierung von 3 Damen-Masken und 3 Herren-Masken
Eckhafte Dekoration und Illumination
Eintritt 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Eintritt für Zufahrer 0,80, Masken 1,50 Mk.
Gäste, durch Mitglieder eingeladen, sind herzlich willkommen.
Der Dekorationsschmuck.



Gerade im Winter
schmeckt ein Glas köstlicher Schwarzbier besonders gut. Es regt den gesamten Organismus kräftig an und liefert Wärme und Wohlbehagen. Einiges Glas mit leicht süßem Brot genannt wird, es liefert insofern seiner wertvollsten Bestandteile den Menschen den alle die Quelle zu, die der Körper aufbauen und der Blutbildung dienen. Es wird von den Ärzten hieran gern verwendet bei allgemeinen Schwächezuständen, bei Stomatitis, bei Blinnern und ganz besonders den stillenden Frauen. Das reine, herb-müßige Köstliche Schwarzbier erhalten Sie durch alle Bierhandlungen und in sämtlichen englischen Geschäften, sowie direkt vom Generalvertrieb Köstlich zum Halbesbühl 6, Fernruf 24. — Anstich vom Dieb im Sozialsaal des O. O. Saal Nr. 2 — Das reine Köstliche Schwarzbier ist nicht zu verwechseln mit den oberirdischen, durch Jod gefärbten Wils- und Weizenbieren.

Voranzeige!
Freier Reglerbund Deutschlands
C. v. Orosleben, Zeit Halberstadt
Sonntag, den 4. Februar abends 19.30 Uhr in Ruders's Gesellschaftshaus
Masken-Ball
Der Bezirks-Vorstand.



Statt Karten.
Allen denen, die uns beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen so trostreich zur Seite gestanden haben, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Ww. Auguste Mook
nebst Angehörigen.

Schloss-Lichtspiele
Dienstags
Mittwoch
Donnerstag
Täglich 6 und 9 Uhr
Wir bringen einen der vornehmsten Filme, der bisher einen Weiterfolg hatte u. der zu Herzen geht
Claf Fjord
und **Gräfin Agnes Esterhazy**
in dem Groß-Film
Zwei Menschen
Nach dem weltbekannten Roman von Richard Voß
Im bunten Filmtitel
Schuster, bleib bei deinem Leisten
Das englische Bildspiel
Deutsch-Weit-Wochenberichte
Zu diesem außergewöhnlichen (keinen Spielplan haben) jugendliche Zartit
In Vorbereitung:
„Casanova“ mit Iwan Moskwin
„Die heilige Lüge“ mit Otto Gebühr
„Der Katzenstern“ nach Hermann Sudermann
„Rivalen des Ozeans“ mit William Boyd und Honor Fair, den Hauptdarstellern aus dem Film „Der Wolkschiffer“

Der große Maskenball
nach echt Kölner Art findet am
Sonabend, 11. Februar
in sämtlichen Sälen des „Schützenwall“ statt.

Voranzeige!
Turn- und Sportverein „Freiheit“
Halberstadt-Wehrstedt
Sonntag, den 18. Februar abends 8 Uhr, im „ODEUM“
Großer Masken-Ball
mit herrlichen u. humorvollen Auführungen
Der Festausschuß

Aus Wernigerode
Bekanntmachung.
Die Schloßarbeiten zur Herstellung einer Eintriedung in den Anlagen vor der Voge sollen vergeben werden. Angebote mit einvernehmlich schriftlich versehen und unter Bezugnahme der mit der Bauverwaltung vorbereiteten Vorstudie verschließen und verriegelt bis zum
1. Februar 1928, vormittags 10 Uhr im Dienstgebäude, Platz 10, Zimmer 10 abzugeben.
Wernigerode, den 23. Januar 1928.
Der Magistrat. (Bauverwaltung)

Tagesordnung
zu der am Freitag, den 27. Januar 1928, nachmittags 6 Uhr, im Gemeindefaule Hausenden Gemeinderatsitzung
1. Stellungnahme an der durch das Gremium vom 27. Dezember 1927 angeordneten Umwidmung der Gutsbestände.
2. Beschluß über einen Antrag auf Lebensnabme einer Bürgerin.
3. Beschluß über die Stellungung der Parteien 331/115 und 332/115 an die Hauptabst.
Wernigerode, den 23. Januar 1928.
Der Gemeindevorsteher. Ruit.

EINLADUNG zur öffentl. Frauen-Versammlung
Am Sonntag, den 29. Januar 1928, nachh. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Hotel Monopol“ Speisesaal, i. Wernigerode am Harz
Tagesordnung:
Warum muß die erwerbstätige Frau organisiert sein?
Referent: Frau Anna Zammert, Hannover
Hierzu sind alle erwerbstätigen Frauen und Mädchen der Chemischen u. Papier-Industrie herzlich eingeladen.
Mit freundlichem Gruß
die Aktions-Kommission des Fabrikarbeiter-Verbandes

KL Nur noch 2 Tage
Heute Dienstag
und
morgen Mittwoch
zum unwiderrüflich letzten Male
„Ich hatte einst ein schönes Vaterland“
Ein deutscher Heimatfilm in 7 Akten.
Hauptrollen:
Grete Reinwald, Ernst Rückert
Ab Donnerstag der nächste Großfilm:
Douglas Fairbanks
in
Der Sohn des Zorro.

Wir empfehlen heute
frische Balfettbündlinge
Pfund nur 32 Pfg.
Gebr. Dingel
Magdeburg
Verkaufsstellen in Halberstadt:
Bauhofstraße 5, Selenstraße 76
Dübnerstr. 24, Berningerdörferstr. 26,
Kantstr. 10, Semianerstraße 10
Lindendammstraße 139, Göttinger 15
Solmsstr. 17, Schubstraße 43.

Schönheitsfehler!
Unreinliche Haut, die man auf einfache Weise selbst beseitigen kann. Wied. Mittel, Sommer- und Wintercreme, kalte Krämpfe, raue, rote Haut, Narben, brennendes, juckendes Haut, Rosacea, kleine Quare, Zornesblut, lästige Ödeme auf den Armen und in den Achselhöhlen, schmerzhafte Blüte (Landschwellen) und erloschene, Mangelte, Nerven, Krämpfe, Störungen, leichte roten Punkten, Schilddrüse, Gicht, Rheuma, um weichen sie, es ist sich beseitigen. Kindertier belegen.
Erha-Haus, Abt. 126, Berlin W. 30.
Technikum Wolfenbüttel.
Höhere Lehranstalt für Maschinenbau u. Elektrotechnik.
Man verlange Prospekte.

Obstbaulehrgang für Schrebergärtner.

Salzschachtel, 24. Januar.

Richtige Mengen Geldes wandern jährlich ins Ausland, um dafür Obst einzukaufen. Dieses Geld könnte gespart werden, wenn in Deutschland mehr Obst gegessen würde. Diejenigen, welche besonders dazu berufen sind, ihre Hände zu schälen, sind die Schrebergärtner. In jeden Schrebergarten gehören auch Obstbäume. Aber hier heißt es aufpassen! Man darf nicht wahllos Äpfel, Birnen, Kirschen usw. pflanzen, sondern soll vor allen Dingen die Eigenschaften der Sorte in Betracht ziehen. Man soll nicht nur Bäume pflanzen, die die meisten Früchte ab und zu mal einige schöne Früchte bringen, sondern muß Pflanzen- und regelmäßige Erträge pflanzen, denn nur dadurch wird der Volkswirtschaft geholfen. Weiter ist aber auch eine sichere Pflege unerlässlich. Wer seinen Baum nicht pflegt und nicht beobachtet, wird nie Freude an ihm haben. Um hier aufzuklären zu wirken und gute Fingerringe zu geben, habe der Bezirksverband Salzschachtel der Schrebergärtner sich mit der Landwirtschaftskammer in Halle wegen Abhaltung eines Obstbaulehrganges in Verbindung gesetzt. Dieser Kursus fand am Sonnabend von nachmittags 5 Uhr im Casino, Spiegelstraße, statt. Sehr großes Interesse für diese Frage in den Kreisen der Schrebergärtner herrscht, ergibt sich aus der Teilnahme, doch der Saal des Casino wurde ausreichte. Nicht gedrängt saßen und standen die Menschen. Aber nicht nur Schrebergärtner hatten sich eingefunden, sondern auch Landwirte und Berufsleute waren gekommen. Alle erschienenen werden mit dem Gebotenen vollumfänglich versehen sein. Es gab sehr viel Neues zu hören. Vor allem das, was über die Bewässerung gesagt wurde, wird nur wenigen bekannt gewesen sein. Mäander wird nun wissen, woraus es zuträglich ist, daß keine Wärme nicht trage, und wird daraus gelernt haben und durch Verpflanzung, Impfpflanzen einzelne Bäume usw. Mäander schaffen. Das war der Hauptzweck des Lehrganges.

Der Lehrgang wurde vom Vorsitzenden des Bezirksverbandes Salzschachtel, Herrn Baake, mit Begrüßungsworten eröffnet. Er legte kurz die Gründe dar, die dazu führten, einen Obstbaulehrgang abzuhalten. Der Obstbau müsse gefördert werden, denn nach würden jährlich 600 Millionen Mark für eingeführtes Obst ausgegeben. Der Lehrgang solle die notwendigen Kenntnisse vermitteln.

Darauf nahm zum ersten Vortrag Wie kann Obstbau im Kleingarten mit Erfolg betrieben werden. Vortragsleiter Rattich-Schelle des Vortr. Er führte ungefähr aus: Angehts der Teilnahme, doch das viel Geld für Obst, so sogar für Obstbau, nach dem Zustand geht, muß es unsere Aufgabe sein, in Hande den Obstbau zu heben und soviel zu produzieren, wie nur irgend möglich. Der Obstbau im Schrebergarten ist meist Viehbesitz. Diese Viehbesitzer kann aber sehr gut mit Wirtschaftlichkeit verbunden werden. Im den Obstbau mit Erfolg zu betreiben, ist es notwendig, die Sorten zu kennen und über die Fremdbestäubung sich zu orientieren. Und Wirtschaftlichkeit versteht man, daß der Baum regelmäßig und reich tragen muß und daß die Frucht sich für die verschiedenen aber für ganz bestimmte Zwecke verwenden läßt. Wenn Obst muß es sich weiter darum handeln, daß sich die Frucht lagern läßt. Die Früchte müssen auch die entsprechende Größe haben. Wenn man die Bäume pflanzt, muß man wissen, ob die Frucht für den Hofgebrauch oder für Einkaufszwecke bestimmt sein soll. Danach hat die Sortenwahl zu erfolgen. Wenn man Obst pflanzt, muß man aber auch wissen, was für

Ansprüche an Boden und Lage die einzelnen Arten stellen. Der Apfel z. B. ist ein Flachwurzler. Er verlangt also mehr Feuchtigkeit der oberen Schichten. Man muß auch beim Apfel die verschiedenen Sorten kennen, denn ein Apfel wächst breit und braucht viel Platz (Boosop) und ein anderer bildet nur kleine Kronen (Wintergoldparäne). Hiernach hat sich die Platzwahl und Ein-

teilung zu richten. Die Birne dagegen ist ein Tiefwurzler. Sie treibt eine tiefe Pfahlwurzel in den Boden. Der Boden muß deshalb tiefgründig sein, sonst tritt leicht Viehspitze ein. Die Birne verlangt auch eine wärmere Lage als der Apfel. Sie ist eigentlich ein Kind des Weinlandes. Bei uns gedeiht vor allem die Sommer- und Herbstbirnen. Sie bringen hier auch die meisten Erträge, denn durch die frühzeitige Ernte hat der Baum im Herbst noch Zeit, neue Fruchtknospen auszubilden. Eine gute Birne für unsere Gegend ist die Williams Christbirne. Hier muß man aber auch wieder den Reifezustand kennen, um sie nicht zu früh oder zu spät zu pflücken. Bei der

Birne spielt auch die Unterlage eine große Rolle. Jede Birne gedeiht nicht auf Laute. Es ist Zwitterveredlung notwendig. Das ist ein Obst, stellt hohe Anforderungen an den Kaltgehalt des Bodens. Im Gegensatz zur Süßkirche ist die Sauerkirsche wieder Flachwurzler. Der Pfirsich ist ebenfalls ein Kind der Weinberge. Er gedeiht ebenfalls viel Best. Weiter ist aber bei ihm zu berücksichtigen, daß er das Anbinden, vor allem an Eisen, nicht recht vermag. Er vermag auch das Umplanken schlecht. Das beste Verfahren ist, einen Stein zu legen, den Sämling hochzuziehen und dann zu veredeln. Das bringt den meisten Erfolg. Zur Zeit der Blüte hat sich ein stilles Schneiden der Bäume als vorteilhaft erwiesen. Verjunge werden ergeben, daß der geschüttelte Baum viel mehr Fruchtlosig hat, als ungekültet. Man soll sich auch nicht immer durch die frühesten Obstsorten und Arten lassen lassen. Das Frühe ist nicht immer das Beste. Die Landwirtschaftskammer hat sich gerade mit den Frühefrüchten beschäftigt und seit über 20 Jahren das Material gesammelt. Von 120 Sorten hat die Landwirtschaftskammer eine besondere Sortenauswahl getroffen. Kirschen wie Maßkirche, Kirsche Kirsche, große schwarze Kirsche etc. usw. haben sich bewährt. Wenn man Schattensorten pflanzen will, ist es ratsam, anzugeben, daß man die große Lage Kirsche wünscht. Viele Gärtner lassen unter dem Begriff Schattenmorelle mehrere Sorten zusammen, sehen ihn also fälschlicherweise als einen Gattungsnamen an.

Obst enthält reichlich Vitamine und ist deshalb sehr nahrhaft. Beim Obstbau spielt auch die Form eine große Rolle. Man muß wissen, daß sich nicht jede Obstsorte und jede Sorte in eine kleine oder bestimmte Form zwingen läßt. Was aber nur wenige wissen und doch von allergrößter Bedeutung für den Obstbau ist, ist

Die Kenntnis von der Fremdbestäubung. Es gibt viele Bäume, die sich nicht selbst bestäuben können. Sie sind auf Fremdbestäubung angewiesen. Man legt, diese Bäume sind meist bei der Bestäubung spielen auch die Bitterung eine große Rolle. Ebenso die Bodenbeschaffenheit. Es kommt vor, daß in einem Jahre der Blütenausfall ausbleibt und im anderen wieder nicht. Oft aber sind auch chemische Einrichtungen für das Nichtausbleiben der Pflanze maßgebend. Der Wissenhaft ist es aber noch zu klären, diese Zusammenhänge aufzuklären. Für die Kreuzbestäubung ist es natürlich erforderlich, daß beide Sorten gleichmäßig blühen. Es gibt nun auch Sorten, die sich gegenseitig nicht bestäuben, also intersteril sind. Für die Bestäubung ist vor allen Dingen das Wachstum der Pollenschläuche maßgebend. Sorten, bei denen dieser Schlauch nicht bis zum Ovarium geht, sind fruchtlos. Sie müssen also einem Bestäuber, einem Bienenbaum, haben. Fast alle Süßkirschen bestauben sich nicht mit eigenem Blütenstaub. Die Schattenmorelle dagegen bestaubt sich selbst. Deshalb haben wir auch immer reiche Fruchtbringer. Für die Kirschen kommt als guter Vaterbaum Bittersäure oder rote Kirsche in Frage. Pflanz man einen Baum dieser Sorte und der Nachbar eine Frühhirsche (Kirsche), so wird fast stets an beiden Bäumen guter Ertrag sein, eben, weil die gegenseitige Bestäubung stattfindet. Dilemma Umstände muß man mehr Beachtung schenken als bisher. Zu guten Vaterbäumen sind

man auch stets die richtigen Vaterbäume haben. Und beide Bäume müssen hohen wirtschaftlichen Wert haben. Es müssen Früchte sein, die das Land hauptsächlich für den Verbrauch in Frage auf dem Markt leicht abzugeben sind. Und weiter ist danach zu streben, von der Sortenreinheit abzukommen. Nur wenige, aber gute Sorten, müssen gepflanzt werden. Das erleichtert nämlich den Verkauf. Mehrere der beiden anderen Beiträge berichten mir morgen.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 24. Januar.

Vor dem Arbeitsgericht. Am 16. d. M. wurde im Arbeitsgericht Wernigerode, am 16. d. M. als Hausangestellte beschäftigt, war aber entlassen. Der Arbeitgeber hatte aber der Entlassenen nicht rechtzeitig eine Arbeitsbestätigung ausgestellt. Dadurch war es ihr nicht möglich, sofort wieder eine Stellung zu bekommen. Sie klagte deshalb auf Schadenersatz, mit dem Erfolg, daß ihr durch Vergleich 13,50 Mark zugesprochen wurden.

Arbeitsvermittlung. Einige Tage vor Weihnachten ließ die Firma B. dem Betriebsratman mitteilen, daß der Betrieb einige Wochen stillgelegt würde. Die Belegschaft protestierte dagegen und verlangte Entschädigung des Lohnausfalls, was aber abgelehnt wurde. Mit circa 20 Mark wollte die Arbeiter zwei Wochen auskommen. Den meisten Arbeitern blies weiter nichts übrig, als das Arbeitslosengeld in Anspruch zu nehmen. Ein Teil der Arbeiter klagte nun auf Entschädigung des Lohnausfalls. Während die Kläger behaupteten, die Firma habe die Betriebsverhältnisse umgeändert, behauptete der Beklagte, es handle sich nur um eine Betriebsübertragung, da der Kessel instand gesetzt werden sollte. Nach einem hartnäckigen Kampf entschied das Arbeitsgericht, daß der Betrieb ein Teil der Forderungen der Kläger zu erfüllen.

Für 30 Mark monatlich. Frau M. war in dem Hofe E. als Hausfrau beschäftigt. Nach ihrer Beurlaubung hat sie für 30 Mark monatlich eine Arbeitsstelle von morgens 8 bis abends 7 Uhr und dann oft noch bis 1 Uhr nachts erledigen müssen. Sie hat aber nicht einmal den vollen Lohn bekommen, war auch nicht in der Krankenkasse angemeldet, weshalb sie jetzt, da sie krank ist, keinen Anspruch auf ärztliche Behandlung hat. Sie klagte deshalb auf Nachzahlung des vollen Lohnes und Entschädigung für die ärztliche Behandlung. Die Beklagte behauptete dagegen, die Klägerin habe ihre volle Arbeitszeit nicht innegehalten, sondern viel weniger gearbeitet. Die Klage ist deshalb unbegründet. Da eine Entlohnung nicht möglich war, muß nur erst durch die Betriebsaufnahme festgestellt werden, wie lange die Klägerin tatsächlich gearbeitet hat. Uns scheint, für einen Lohn von 30 Mark ist auch eine bedeutend kürzere Zeit ausreichend.

Die Pflicht des Beamten zu dienstlicher Wachsamkeit. Wie der Amtliche Beauftragte Dienstverpflichteter, sollte der Disziplinärhof für die nicht-richterlichen Beamten vor kurzem folgende interessante Entscheidung: Aus dem Begriffe der Dienstpflicht ergibt sich von vornherein, daß jeder Vorgesetzte von den ihm untergeordneten Beamten über jeden Teil ihrer dienstlichen Tätigkeit und über ihr außerdienstliches Verhalten, soweit die amtlichen Belange es erfordern, jederzeit Auskunft zu verlangen berechtigt ist. Dem entspricht auf Seiten des Beamten insofern der im Begriffe der Dienstpflicht für ihn enthaltenen Treue- und Gehorsamspflicht die Pflicht zur dienstlichen Wachsamkeit. Danach hat jeder Beamte bei Vernehmungen oder Anfragen, die außerhalb eines Disziplinärverfahrens durch einen Vorgesetzten oder auf dessen Anordnung erfolgen, eine wahrheitsgemäße Auskunft zu erteilen, selbst wenn er durch keine Erklärungen dazu befragt worden, sich einer Dienstverletzung zu bezichtigen. Die Angabe unrichtiger oder das Verweigen woher Tatsachen ist also in solchen Fällen ein Dienstvergehen.

Christel.

Ein Bauernroman von Maria Linden.

44. Fortsetzung. (Waldwind vorlesen.) Tagelang bemühte Erner sich, das Mädchen umzunähmen. Als er endlich einlief, daß er in den Wind sprach, sagte er: „Dann zieh zu der alten Wittfrau. Vor sieh zu obendies eine gute Zunte. Da kann ich mein Kind doch wenigstens sehen. Und ich will dir zu verdienen geben. Die Zulfane laugt nicht für's Geschäft. Das können wir weiter zusammen betreiben.“ „Ich will von dir nichts verdienen“, sagte Christel sehr ernst. „Es ist alles abgemacht und es bleibt dabei!“ „Dann bleibe wenigstens bis zum letzten November!“ „Ich hab' schon meine Schiffsfahrt gekauft. Das Schiff geht am nächsten November von Hamburg ab. Ich kann keinen Tag aussetzen.“ „Du wirst mir wirklich das Kind stehlen? So schickst du's?“ „Ich war drauf und dran, für das Kind meine eigene Selbstgeht zu verlieren. Das Kind kann ich dir nicht lassen, eher lasse ich mein Leben!“ „Wie sie so bodengerichtet vor ihm stand, konnte er den Blick nicht von ihr wenden.“ „Wie ich ein Bild, das aus dem Rahmen geht.“ „Gestern war. Alles an der Wein Reimbelt, Feinden, Unfähigkeit.“ „Gestern hatte die Zulfane so gelitten, daß das Licht ihr Gesicht voll beschienen hatte. Da hatte er die vielen kleinen Fältchen um ihre Augen bemerkt, und sie waren ihm das schönste Bärtchen misfallen, das so süßig über ihrer Oberlippe sproßte. John Sabre hatte sie sich wenigstens von ihrem Alter gestrichelt. Die Kellnerin hatte sie ohne jeden Grund auf heruntergetreten, und mit dem Käufer, der sich für ihre Gastwirtschaft gemeldet hatte, hatte sie sich nicht. Er er mit der reichen Frau einig geworden war, war sie ihm begehrenswert erschienen, jetzt fand er nichts zu loben an ihr und zu Christel so es ihm möglich ist. Er konnte schließlich erfinden, um Robert sein, den Christel herzte und küßte, und der an ihr hing, wie eine Kette.“ „Wenn die Zulfane nur nicht in unmeniglich viel Geld gehabt hätte, dann hätte er ihr wirklich den Lauspaß gegeben.“ „Erner seufzte. Nichts freute ihn mehr. Wie anders war es früher gewesen! Da war ihm die Arbeit eine Lust und jede Maß-

zeit ein Fest gewesen. Er hielt es oben nicht länger aus, zog sich eilig an und ging ins Wirtshaus. „An dem Tisch, an dem die großen Bauern saßen, verstimmt das Gespräch bei seinem Eintritt wie abgeschnitten. Erner grüßte höflich. „Guten Abend, die Herren!“ „Der Dank sei sehr lieb aus, nur der Metzger, dem das Fittler auch knapp war, und der aus Erner billig Fittler zu kaufen wollte, riefte zur Seite und sagte: „Sieht man Sie auch mal, Herr Erner? Sie machen sich ja so rar!“ „Man hat halt Arbeit“, gab Erner zurück; dann sagte er zu dem reichen Grundmann: „Die Zulfane hat mir einen Gruß an Sie aufgetragen.“ „So?“ erwiderte Grundmann ihm, gleichgültig. „Ja, sie ist ja 'ne Verwandte von mir, der Bruder vom Vater vom alten Brandes hat 'ne Cousine von mir zur Frau gehabt, aber ich küh' auf die Verwandtschaft.“ „Erner war bloß geworden. Er hatte sich damit geschmeichelt, nun zu Grundmann in ein ganz vertrautes Verhältnis zu kommen. Grundmann tat einen tiefen Seufzer aus seinem Bierglas und fuhr fort: „Da wir hier so gesellschaftlich beisammen sind, muß ich Ihnen sagen, Herr Erner. Sie begeben aus lauter Schamhaft eine große Dummheit. Am ganzen Dorfe ist nur eine Stimme: Sie handeln wie ein Schuft an der Christel, dem ehrenwerten Wädel!“ Metzger sagte gleichgültig: „Ja, er ist ein guter, wackerer Grundmann, wenn ein Wädel mit 'nem Rind behaftet ist, ist sie nicht mehr ehrenhaft.“ „Sie reden, wie Sie's verstehen!“ herrschte ihn Grundmann an. „Die Christel hat ein Rind, aber sie ist trotzdem tugendhafter, wie manches Wädel, das seinen vollen Glanz tragen kann. Den hut sieh' ich vor dem Wädel, das sie die Haut von den Händen geradert in fleißiger Arbeit. Es wäre Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, das rechtshaffene Wädel zu heiraten. Daß Sie's nicht getan haben, gereicht ihm dem Wädel zur Schande, ja, dem Ihren.“ „Da hast Du vollkommen recht, Herr Grundmann“, sagte der reiche Herr. „An der Sache muß ich Dir auch recht geben“, stimmte der Bauer Schlichthauer zu. „Meine Frau ist ganz aufgeregt, weil die Christel fortmüde.“ Sie kann sich garnicht beruhigen.“ „Aber der Herr Erner muß doch am besten wissen, was zu sei-

nem Glücke dient“, sagte Metzger. „Er ist doch schon aufgegeben, und sie soll ja schon ihr Testament gemacht haben.“ „Hä! Hä! Testament!“ lachte Grundmann so recht höhnisch. „Denn mir einer die Wädel kennen. Saut macht sich's Wädel ein Testament und morgen stirbt sie es im Erner, ich habe Sie gewarnt. Wenn Sie nachher der Gestirne sind, werde ich Sie daran erinnern. Ich nehm' Euch alle zu Zeugen, Sie Herren!“ „Da woll' mir auch mal, Herr Erner“, erklärte alle vernehmender Bauer, außer Metzger. „Erner hatte Wädel und Zou, einen Wädelbruch zu unterdrücken. Er hatte sich seinen ersten Versuch im Wirtshaus nach seiner Verlobung mit der reichen Witwe anders verhalten. Wenn alle ihm Komplimente darüber gemacht hätten, daß es ihm gelungen war, sich die reiche Witwe zu sichern, das wäre Wädel für ihn gewesen. Statt dessen sagte ihm Grundmann ganz unvorsichtig seine Meinung, und die reiche Witwe stimmten ihm zu. Wenn sie ihm so harte Worte ins Gesicht sagten, wie würden sie hinter seinem Rücken über ihn herziehen! Früh Erner trank sein Bier aus und sagte: „Ich hab' ein krankes Pferd. Ich muß wieder heim. Wie, die Herren!“ „Als er das Zimmer verließ, lachte jemand höhnisch. Am liebsten hätte Erner den Lächer bei der Cugel gepackt, aber er bezwang sich und eilte ins Freie. Er war noch nicht weit gekommen, als er schnelle Schritte hinter sich hörte. Nichts desto trotz erkannte der Bauer keinen Fußstapfen Metzger. „Was müssen Sie, Herr Erner“, sagte Metzger kurzatmig, denn das schnelle Gehen hatte ihn angegriffen, „ich woll' eigentlich noch bleiben, aber das Gelächter von dem Grundmann ist mir zu müde! Manche Leute gönnen einem manchmal keinen Glick, die wollen alles allein schädeln. So 'ne schöne reiche Frau wäre schon nach dem Grundmann seinem Geschnap. Sie find halt ein richtiger Glickspilz. Erst heiraten Sie die reiche Witwe-Tochter, dann stirbt ihn's das Jantelien so bald, darauf trösten Sie sich mit dem schmiedlichen Wädel im ganzen Dorfe, und zu trügen Sie gar den Goldfisch! Sie soll ja bereits hunderttausend Taler haben!“ „Ja, es wäre mir nicht gefallen, wenn ich rausgehen sollte, was sie drüber hat!“ riefte Erner. „Was Sie nicht lagert!“ wunderte sich Metzger. „Ja, wenn so viel Geld und sich ein Kennrind zusammenkommt, dann werden Sie auf dem Bergfuß das Geld bald mit Scheffeln messen können. Ja, ja, wo Lauben hind, da fliegen Lauben zu! Kein Wädel hat Futter, und Sie haben noch zu viel vorjähriges Heu, das Sie Angli-

entert
boten
ender
er van
des
gebent
1928
auf
a
vom
da
bet
name
1911/12
UNG
1928
a
heraus
s
ung
bs-
in?
mert
raten
apier

Beile befähigt. Erst vor ein paar Tagen ereignete sich der letzte Fall dieser Art. Bisher ist der Bürger immer unerwartet entnommen. Er ist ungefähr 20 Jahre alt, trägt zeitweilig einen grünen Rock und führt oft ein Rad mit sich, auf dem er die Glucke ergreift. Die Polizei ist bereits benachrichtigt, doch war es ihr noch nicht möglich, den Bürger festzunehmen.

* In Schulhoff genommen wurde der Arbeiter F. aus der Arbeiterkammer, der seine Madonnen mit einem Knechtler bedröht hatte. Dieser wurde ihm im Handgemenge abgenommen und in den Arrest gelangte. Darauf wurde er zum Meier. Als sich aber niemand in einen Streit mit ihm einließ, ließ er seine Tat an seinem Meierhaus aus, das er gerächtete. Die Polizei nahm ihn dann in Schutzhaft, damit er sich beruhigen kann.

— Im Beruf tödlich verunglückt. Am Sonntagabend wurde in unserem Krankenhaus ein Gelähmter eingeliefert, der beim Fahren auf den Dächern ritt und herunterfiel. Die Dächler haben ihn durch Schlüssellocher verriegelt. Außerdem geriet er noch unter den Wagen, von dem er eine Strecke mitgeschleppt wurde. Am Montag ist er nun seinen Verletzungen erlegen.

Aus Wehrstedt.

— (Volksgemeinschaftsverein.) Am Sonntagabend hielt hier im Saal von Ernst Raake die Ortsgruppe Halberstadt des Volks-Gemeinschaftsvereins eine Versammlung mit Vortrag und Lichtbildvorführung ab. Der Sprecher des Vereins, Herr Brune, erledigte sich seiner Aufgabe in ca. 3/4stündiger Rede und führte den Anwesenden die Feuerbestattung von der Ur- bis zur Beisetzung vor. Er wies an Hand reicher Materialien nach, welche Schwierigkeiten die Feuerbestattung früher und auch jetzt noch durchzuwachen habe. Früher war es fast der Größe, der bei schwerer Strafe die Feuerbestattung verweigert wurde und heute ist es die Geistlichkeit, vor allem die katholische. Hier als Überzeugter Feuerbestatter sieht man sich durch solche Vorurteile nicht beirren, für die moderne Idee des 20. Jahrhunderts, die Feuerbestattung zu aktivieren und ihr immer und immer wieder neue Mitglieder zuzuführen. Leider Besselt lobte den Redner für seine interessanten Ausführungen. Anschließend folgten dann 100 Lichtbildvorführungen, welche durch ihre ausgezeichnete Deutlichkeit allgemeine Zustimmung fanden. — Es meldeten sich am Schluß der Versammlung verschiedene Anwesende zur Aufnahme in den Verein, und da schon mehrere hiesige Einwohner dem Verein als Mitglieder angehören, so beschloß die Ortsgruppe Halberstadt, demnach hier in Wehrstedt eine Zweigstelle des Volks-Gemeinschaftsvereins zu errichten.

(Frauenvereins-Vereinsvorsitzende.) Am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr fand im Lokal Raus ein Frauen-Unterstützungsausschuss unserer Partei statt. Parteiführerin Schütte hielt einen Höhepunkt-Vortrag. Darauf folgte musikalische Unterhaltung. Alle Frauen sind herzlich willkommen. Vorher fand um 5 Uhr ein Märchenfest für die Kinder.

— (Merkwürdig) wurde am Sonntag der Eisenbahner, der im Verdacht eines Stillstandsvergehens steht und, wie wir bereits mitteilen, auf dem Bahnhof verhaftet hatte, sich mit Gas zu vergiften.

Aus Osterwieck.

— (Tagung der Ortsgruppe.) Der aufgestellte Verteilungsplan über die Nachgehörten aus der Jagdplanung des Stadtkreises Osterwieck für das Jagdjahr vom 1. Februar 1927 bis 31. Januar 1928, liegt in der Stadtkamerale (Zimmer 2) vom 23. Januar bis 4. Februar zwei Wochen lang öffentlich aus. Gegen den Verteilungsplan ist binnen 2 Wochen nach Beendigung der Auslegung Einspruch beim Bürgermeister zulässig. Gegen dessen Bescheid findet innerhalb zwei Wochen die Anfechtung beim Kreisamtschef in Halberstadt statt. — (Arbeitgeber und Arbeiter.) Der Erwerbslosenrat S. wurde am dem Fabrikanten W. nachgeholt, daß er schon längst bei ihm Arbeit hätte bekommen können, und diese Forderung wurde auch offiziell dem hiesigen Arbeitsamt gemacht. Hierüber geriet der Erwerbslosenrat gegen die Arbeiter S. in eine gewöhnliche Erregung, die ihn dazu hinführt, in das Kontor des betreffenden Geschäftsinhabers einzudringen. Dieser wollte den stürmischen Besucher wohl mit sanfterm Dorn veranlassen, die Tür „von draußen zuzumachen“, dem hat es jedoch widersteht, indem er dem Fabrikanten W., mit einem geschlossenen Messer einen wunden Haß unter das linke Auge verleiht. Und das alles im Samstags- und Arbeit. Eine Folge dieser handgreiflichen Auseinandersetzung sein.

— (Die diesjährige Aufnahme der Schulpflichtigen Kinder.) für die Grundschule findet am Freitag, den 27. Januar, in der Mauerflurhauptschule in der Zeit von 10 bis 11 Uhr für Mädchen und von 11—12 Uhr für Knaben statt. Es wird hier noch einmal auf den § 2 des von Landtag verabschiedeten Schulpflichtgesetzes für Preußen hingewiesen. Da heißt es: „Die Schulspflicht beginnt mit dem 1. April für alle Kinder, die bis zum 30. Juni desselben Jahres das sechste Lebensjahr vollenden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag des Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen. Vorzugsweise in die Schule aufzunehmende Kinder werden mit der Aufnahme schulpflichtig. Die aufzunehmenden Kinder werden am Freitag auch vom Schularzt, Herrn Dr. Rood, untersucht. Die Kinder, die im vorigen Jahre zurückgestellt wurden, müssen am Freitag auch erscheinen.“

Kreis Halberstadt.

Langelstein, 23. Januar. (Gemeinderatsitzung.) In der letzten Gemeinderatsitzung, bei der 10 Mitglieder anwesend waren, wurde über die Auflösung und Eingliederung des Gutsbezirks Langelstein beraten und einstimmig in gemeinsamer Abstimmung die Eingliederung beschlossen. Infolge der Verzicht und Radikalisierung dieser Wohnzone herbeiführt in der Sitzung störrische Gemütsigkeit.

— (Schwererbsturz.) Am letzten Donnerstag fand eine Mitgliederversammlung der Schwererbsturzverein statt. Es fand nochmals die Annahme des von der Gemeinde angebotenen Wiederanbaus auf Tagesordnung. Es handelt sich um ein drei Morgen

großes Stück Land. Die Versammlung stimmte der Uebernahme zu. Das Land soll nun unter den Mitgliedern verteilt werden. Reaktiv werden die Mitglieder, die noch nichts besitzen, bevorzugt werden. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand, soweit nicht Mitglieder aus dem Verein ausgeschieden sind, wieder gewählt und dazu entsprechende Ergänzungen. Dann wurde noch eine Kommission gewählt, die die Aufteilung des Ackerlandes und die Anlegung der Gärten vorzunehmen hat.

Rademacher steigt in Paris.



Weltrekordschwimmer Erich Rademacher

Partele im 200-Meter-Schwimmrennen in Paris und steigt in der guten Zeit von 2:55,8. Auch im Länderpokalrennen in Jena (Sachsen-Franke) hat die deutsche Mannschaft in 10:0,6 Minuten die viermal 200-Meter-Freistilswaffel gewonnen.

Aus Quedlinburg.

— (Der Verkehrs- und Verschönerungsverein) hält am Mittwoch, den 23. d. Mts., 20 Uhr, im Hotel „Quedlinburger Hof“ seine Winterversammlung ab, auf der wieder eine große Zahl von Punkten zur Sprache kommen wird und wo die letzte Gelegenheit besteht, Anregungen für Förderung des Verkehrs und Verschönerung unserer Stadt zur Sprache zu bringen. Von wichtigeren Punkten der Tagesordnung sind zu erwähnen: Weiterer Aufbau des Schenkens und Aufstellung einer Schutzgasse durch den Verein. Kennzeichnung von der Einrichtung eines Frühgartens und eines Rehgartens im Brühl durch die hiesige Gartenverwaltung. Beantragung eines städtischen Grundstückes für den Verkehrs- und Verschönerungsverein. Beantragung einer Erhöhung des Kellereis der hiesigen Verkehrsstraßen. Verkehrsregeln innerhalb der Stadt. Veranstaltung von Fremdenführungen durch die Stadt. Einrichtung eines neuen Kinderspielfeldes. Feuerlöschung einer Autolinie. Kennzeichnung des Send der Verhandlungen mit der Reichspost. Wahl einer Kommission für die Vorbereitungen eines Verkehrsbesandes. Kennzeichnung von dem an Herrn Oberbürgermeister H. Bank geschickten Glanzmünzschatzes. Bericht über die heutigen schwierigen Wirtschaftslage kommt einer zielbewussten Verkehrsplanung besondere Bedeutung zu. Es darf deshalb erwartet werden, daß der Besuch der Versammlung fast sein wird.

— (E.P.D.-Frauengruppe) Morgen Mittwoch abend 20 Uhr Zusammenkunft im Gemerkhofsaal. Es soll die Fahrt nach Halberstadt besprochen werden. Anschließend gemütliches Beisammensitzen.

— (Winter-Abendessen.) Am Freitag, den 27. Januar, findet unser zweites Winter-Konzert statt. Nachdem das erste so gut angenommen hat, wird nun mit Spannung dem zweiten entgegen. Das Programm ist wieder sehr sorgfältig zusammengestellt, jedoch jeder auf seine Rechnung kommen wird. Programme sind an den bekannten Stellen zu haben.

— (Sungsozialisten.) Am Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr treffen wir uns wieder im Gemerkhofsaal. Tagesordnung der Zeitfolge: „Der junge Kämpfer“ steht zur Besprechung.

— (H.D.B.) Der erste Kursus zur Ausbildung von Gemeindefunktionären findet am kommenden Donnerstag abends 8 Uhr im Gemerkhofsaal statt. Der Kursus umfasst das Gesetz über die Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung, das Arbeitsgerichts-gesetz, Betriebsratsgesetz und Arbeiterkreislause. Kol. Stadtrat W. Groß referiert am Donnerstag über das Arbeitsvermittlungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz sowie die Spruchpraxis.

— (Das Ende des Döhringer Verkehrsverbandes.) Der verfallen hat der Hauptort des hiesigen Verkehrsverbandes beschlossen, der diesjährigen Hauptversammlung die Auflösung der Gruppen Oberharz, Döhring und Silbharz zu empfehlen, nachdem die Sondergruppierung in den verschiedenen Wirtschaftsteilen des hiesigen zu Unzufriedenheiten geführt hat. Es soll wieder eine härtere Werbetrakt für den Gesamtverein entworfen werden.

— (Wahl der Götter- und Götterarbeiten.) Der nächste Hauptabend findet am morgigen Mittwoch punkt 20 Uhr in der Verkehrslokal (unten links) hat. Kol. Stadtrat spricht über „Die Geminnung“ des Kol und seine Verwendung im Garten. Auf die am Freitag abend im kleinen Saal des Gemerkhofsaales stattfindende Versammlung weisen wir hiermit schon hin.

— (Schulpersonalien.) Seminarbibliothek im einflussigen Ruhestand Hellschauer, vom früheren hiesigen Lehrerkollegium wurde zum Studienrat am Reform-Real-Gymnasium Schöffel ernannt; Seminaroberlehrer im einflussigen Ruhestand Knuth, in Quedlinburg, zum Studienrat an einer höheren Lehranstalt des Patronatsbereiches der Stadt Quedlinburg.

Kreis Quedlinburg.

Besdorf, 23. Jan. (Gründungsversammlung.) Die einstige lürrige Ortsgruppe der Partei ist fast längerer Zeit eingegangen. Die Gründe lagen vor allem auf dem Fortzug dieser Par-

teigenossen infolge Schließung der Walzmaschinenfabrik R. Wolf & W. Es haben bereits Besprechungen zur Reorganisation der Ortsgruppe stattgefunden. Der Leiter des Arbeitsbüros Gen. Kol gibt Anfang Februar die Gründungsversammlung. Damit dürfte der fast gänzliche Wund der Bürgerlichen, der bei fortwährendem Wagt kam nur ihre Hilfe zulände, sehr fröhlich begrüßte werden.

— (Gefühllos.) Der Arbeiter und unterem ganz aufgeschritten Ort hat wiederum eine Verbesserung erfahren, indem der Besitzer des Hotels „Zum Waldfrieden“ für die Sonntage einen regelmäßigen Autoverkehr von Quedlinburg, Wedderleben, Tzote und Reinstedt aus noch hier eingerichtet hat. Das Auto verkehrt wie folgt: 20 Quedlinburg-Markt 15.30 Uhr, ab Wedderleben-Am Bobeurg 16.45 Uhr, ab Quedlinburg-Markt 19 Uhr, ab Tzote, Hotel Silber Säger, 16.30 Uhr, ab Tzote, Hotel Forelle, 16.45 Uhr, ab Reinstedt, Bahnhofrestauration, 17.00 Uhr. Die Fahrpreise werden allerhöchst berechnet. Die Autos werden 17.00 Uhr. Die Fahrpreise werden allerhöchst berechnet. Die Autos werden 17.00 Uhr. Die Fahrpreise werden allerhöchst berechnet. Die Autos werden 17.00 Uhr.

— (Die Generalarbeitersammlung der Partei) möchte nach angeregter Debatte über die Jahre des vergangenen Jahres und die Richtlinien des künftigen Wahljahres in den Vorstand die Genossen Presse, 1. Vor, Kol, 2. Vor, Sente, Schrift, Krause, Koll, als Beisitzer Kol, Herrlinger und Genossin Schulze. Unter der Bezeichnung hiesiger Angelegenheiten ist besonders hervorgehoben der Wunsch der Versammlung nach dem Bau einer Turnhalle für die Volksschule in der Oberstadt und nach der Befähigung der Freibäder, sobald es die Witterung erlaubt.

Aus Döhrerleben.

— (Schulpersonalien.) Studienrat Otto Witt wurde zum Studienrat an einer höheren Lehranstalt des Patronatsbereiches der Stadt Döhrerleben ernannt.

Aus Achtersleben.

— (Die Generalarbeitersammlung der Partei) möchte nach angeregter Debatte über die Jahre des vergangenen Jahres und die Richtlinien des künftigen Wahljahres in den Vorstand die Genossen Presse, 1. Vor, Kol, 2. Vor, Sente, Schrift, Krause, Koll, als Beisitzer Kol, Herrlinger und Genossin Schulze. Unter der Bezeichnung hiesiger Angelegenheiten ist besonders hervorgehoben der Wunsch der Versammlung nach dem Bau einer Turnhalle für die Volksschule in der Oberstadt und nach der Befähigung der Freibäder, sobald es die Witterung erlaubt.

— (Die letzte Stadtkonferenz der Ortsgruppe) habe ein sehr bewegtes Bild. Stadtkonferenz hat sich unter dem Zeichen der notwendigen Abstimmung der Bürgerlichen. Stadtkonferenz vornehmlich wieder der Genossin Großmann. Aber schon bei der Wahl der Ausschüsse verhandelte der Geh. Kommerzienrat Behrhorn die Sozialdemokratie einseitig Stellungnahme. Dafür wurde er sich vom Genossen Kol gränblich abführen lassen. Bei der Kirchenmusikschule triebtriete Genosse Kol das rechtsdemokratische Verhalten des Oberbürgermeisters, der in einem Vertrag mit der Kirchenmusikschule der Stadt große Kosten aufgeschoben hat, ohne die Stadtkonferenz vorher zu fragen. Die Ueberprüfungen werden abgelehnt. Der Kol spricht gegen den Beitritt zum Reichs-Eldis-Bund, um Ueberorganisation zu vermeiden. Die Mittel für Dorfhandarbeiten, Demokratische Schwimmanstalt an der Schulen werden bewilligt. Dem Mitteldeutschen Arbeiterverband hat Gen. Kopp größte Spartenarbeit und legt sich für den Bau von Wohnungen ein. Die nächste Stadtkonferenzversammlung wird am 26. d. Mts. als außerordentliche gehalten. Sie beschäftigt sich vor allem mit dem Wohnungsprogramm der Bauvereinsgenossenschaft, dem Bau einer Turnhalle und der Umwandlung unserer Realschule in eine Oberrealschule.

— (Eine halbe Millionen-Anleihe) muß die Stadt aufnehmen. Die gelobende Stelle ist gefunden. Die Stadtkonferenz hat aber bereits zugestimmt.

— (Gahrliche Brände.) Unsere Stadt wird in letzter Zeit recht häufig von Schadenfeuern heimgesucht. Wieder in der letzten Sonntagnacht wurde die Feuerwehr zu einem Scheunenbrand mitten in der Stadt (Hofmarkt) alarmiert. Das ist der zweite Brand an diesem Gebäude und der letzte Brand innerhalb der Stadt in kurzer Zeit.

Provinz und Nachbarstaaten.

Merzbach, 22. Jan. (Ein dicker Schaden.) Beim Abbruch der Zudeckarbeit Kördorfer sollte sich plötzlich hoch oben ein Stein aus dem Mauerwerk und fiel gerade einem Scholli auf den Kopf. Der Stein zerplatzte, die Schädeldecke des Schöpfers blieb aber ganz. Er kann der „Mittelschicht“ zum Bestenwerden werden.

Brettau, 6. 24. Jan. (Räumung der Liegenschaft.) Die Stadt Brettau hatte gegen die vom preußischen Justizministerium beauftragte Schließung der Straßenzahl Liegenschaft Einspruch erhoben, weil die Auflösung der Straßenzahl große wirtschaftliche Schäden der Gemeindevolkenden in Brettau und Umgebung mit sich bringen würde. Anbes hielten alle die Vermählungen vergeblich geblieben zu sein. Auch die Vorstellungen des Brettau Bürgermeisters, die dieser gemeinsam mit einigen preußischen Stadtrats-angehörigen dem preußischen Justizminister machte, scheiterten nicht den gewünschten Erfolg gehob zu haben, denn der erste Abtransport von Gefangenen aus der Liegenschaft hat bereits stattgefunden. Dreißig Mann haben den Anzug gemacht, auch es muß angenommen werden, daß ihnen in Kürze weitere folgen. Ob die Anhaft dillig geräumt wird, ist bisher noch nicht bekannt.

Der Deutsche Rundfunk

Größte Funkzeitchrift mit allen Programmen und großem Unterhaltungs- und Beilieferteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Bestellung bei jedem Postamt und in jeder Buchhandlung. Probenummern kostenlos vom Verlag Berlin N 28



Reichsjugendtag der sozialistischen Arbeiterjugend in Dortmund am 4. und 5. August 1928!

Noten August auf jeder Seite!

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Briefporto, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhalten höchstens 14 Tage nach dem Erscheinen, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Verkäufern und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Komplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitung, Paul Debes, G. u. H. D., Bernauerstr. für Postamt u. Briefkasten für Postamt, für den übrigen Teil Richard Mattiens, für Melde- u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtzeilige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kolonnenzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Zahlung vorliegende letzte Seite. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Freie Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Komplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Verteilungstag: Wagnersburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 21.

Mittwoch, 25. Januar 1928.

3. Jahrgang.

Der Kampf um die Schule.

Die Volkspartei will wieder mal nicht so, wie die hohe Geistlichkeit.

Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien verlor am Montag, über den § 20 des Reichsschulgesetzes, der sich mit der Simultanfrage befaßt, eine Verhandlung herbeizuführen. Die Verhandlungen mußten jedoch ohne Ergebnis abgebrochen werden. Das Zentrum bezieht auf den Entwurf, der für die Simultanfrage, eine Leberungszeit von 5 Jahren vorsieht, während die Deutsche Volkspartei die Aufrechterhaltung der Simultanfrage ohne jede Begrenzung wünscht. Die Möglichkeit einer Einigung beurteilte man am Montag abend im Reichstag sehr pessimistisch.

Wie heute morgen die „Täg. Rundschau“ berichtet, wird der vorkommende Abg. Runkel einen Abänderungsantrag zum Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes einbringen. Dieser Antrag soll die Umwandlung der

Schönfrist für Simultanfragen

in eine unbegrenzte Schönfrist bezwecken, während der Regierungsentwurf nur eine Leberungszeit von 5 Jahren vorsieht, und die Simultanfragen dann verfallen lassen will. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt gleichzeitig, daß die Deutsche Volkspartei für eine Stellung zum Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes auch in Zukunft nicht abgeben wird.

Die „Berliner Zeitung“ erklärt demgegenüber: Für die Zentrumspartei ist der im Paragraph 20 enthaltene Gedanke ein Kernstück des ganzen Schulgesetzes. Mit verlässlichem Nachdruck setzt sie sich dafür ein, daß in der Frage des Elternrechtes durch das Reichsschulgesetz allen Deutschen das gleiche Recht gewährt werde. Es ist für sie ein unentbehrlicher Gedanke.

Daß nach dem Willen der deutschen Volkspartei gewisse deutsche Länder in dieser Beziehung unter ein Ausnahmeregime gestellt werden sollen. Falls es der Mehrheit des Ausschusses nicht möglich sein sollte, dieser grundsätzlichen Auffassung des Zentrums Rechnung zu tragen, so wird die Zentrumspartei die Verhandlungen sichtlich nicht vorzeitig abbrechen. Ihre Fortführung würde vielmehr noch

Gelegenheiten bieten, einen Ausgleich der bestehenden Gegensätze zu versuchen. Es ist ja auch nicht allein der Paragraph 20, in Bezug auf den wir noch bestimmte Forderungen durchzusetzen haben, vielmehr wird auch noch über den Paragraphen 9, der den geordneten Schulbetrieb festsetzt, und den Paragraphen 14 zu sprechen sein, der gewisse Bestimmungen für die zum Religionsunterricht bestimmten Lehrbücher

auffstellt. Der Paragraph 9 hat infolge der Formulierung, die er in der ersten Lesung gefunden hat, die Folge, daß er die Errichtung konfessioneller Schulen außerordentlich erschwert und im Paragraph 14 wird bestimmt, daß die Auswahl der Lehrbücher im Benehmen mit den Religionsgesellschaften zu erfolgen hat. Die enge Formulierung genügt der Zentrumspartei nicht. Sie verlangt vielmehr, daß über ihren Sinn hinausgegangen wird und die Worte „im Einvernehmen“ an ihre Stelle treten.“

Und die Kosten?

Berlin, 24. Januar. (E.F.) Das Reichsamt befaßt sich am Montag u. a. auch mit der Kostenfrage für das Reichsschulgesetz. Man konnte in dieser Frage dem Druck der Opposition nicht mehr ausweichen. Vor allem fordert auch die Wirtschaft endlich Klarheit. Die Auseinandersetzungen im Kabinett führten am Montag aber noch nicht zu einem Abschluß. Angeheißt die Kostenfrage noch weiter durch Befragungen zwischen Vertretern des Reiches und der Länder geklärt werden.

Die Rechnung der Sachgen.

Dresden, 24. Januar. (E.F.) Die sächsische Regierung hat die einmaligen Kosten zur Ausführung des Reichsschulgesetzes auf 37 Millionen Mark berechnet. Die laufenden Mehrausgaben sollen für Sachsen auf 3-4 Millionen Mark belaufen. Die sächsische Regierung stellt hier ausdrücklich fest, daß es sich hier nur „um eine rohe Wahrscheinlichkeitsberechnung“ handelt.

Deutschnationale Wahlmache.

Wozu Steuergelder mißbraucht werden.

Wohlgelungen hat die Art der agrarischen Propaganda gekostet. Auf Rügen ingerierte man einen Bädertitel und die landwirtschaftliche Reichsanstalt in Stettin gearbete mehr Ungeheuer an Projekten der Reichslandbauverwaltung, um der fernab, erhalten Agrarfrage beizufügen. Jetzt geht der Reichs- ernährungsminister Schiele den Augenblick für gekommen, die Wünsche des Reichslandbundes im Kabinett durchzusetzen. Er fordert zunächst einen

neuen Kredit für die Landwirtschaft von 100 Millionen Mark. Anzeichen knipst der Reichsernährungsminister mit dieser neuen Kreditforderung an eine Reihe vorliegender Projekte an, von denen das eine bescheidenste von dem deutschnationalen Reichs- ernährungsminister Hugenberg stammt. Die Projekte lesen u. a. der Landwirtschaft die Einstellung für die Rentengrundschulden in Höhe von 2 Milliarden Mark zu 5 Prozent, was pro Jahr 100 Millionen Mark ausmacht, nach Lage der Dinge bedeutet die Verwirklichung dieses Planes, daß die gesamte Rentengrundschulden der Landwirtschaft gelöst werden.

Am Reichsamt soll sich der Reichsfinanzminister Schiele bemühen, nach gegen die neuen Subventionen mehr, weil dafür keine Mittel mehr vorhanden sind. Der Reichsfinanzminister ist anscheinend auch davon überzeugt, daß der geforderte Kredit a) sich veräußern wird.

Die Reichsfinanzen werden die Millionen nie wiedersehen; denn wenn die Fälligkeitstermine nahe kämen, dürften die Kredite ebenso wie die anderen notleidend sein. Das Ende vom Lied ist dann, daß die Agrarier wieder neue Subventionen fordern. Trotzdem wird sich das Kabinett wahrscheinlich dem Wunsch des Reichs- ernährungsministers fügen. Willst du werden seine Forderungen nicht reiflos erfüllt, aber 50 Millionen werden sichtlich an neuen Krediten locker gemacht. Dieser Kampf um neue Agrarkredite ist letzten Endes nicht anderes als ein

Kampf um die Wahlparole.

Durch die Kreditaktion soll der kommende Reichstagswahlkampf zugunsten der Deutschnationalen Partei vorbereitet und beeinflusst werden.

Es ist bereits ausreichend bekannt, daß die Agrarpolitik des gegenwärtigen Ministers für die Ernährung der Landwirtschaft völlig verfehlt hat. Er hat die Landwirtschaft in eine Katastrophe, in die hereinbrechende Agrarkrise getrieben. Um die empörten Geister man bei der Stange zu halten, werden jetzt neue Kreditforderungen aufgestellt. Gibt das Reich neue Subventionen, dann kann man demnach in den Wahlveranstaltungen auf die „Erfolge“ Schielens verweisen. Wird der Kredit aber abgelehnt, so ergibt sich die ersehnte Gelegenheit, gegen die Koalitionspartner in der bestimmten demagogischen Weise vom Felde zu ziehen. Anzeichen stehen auch die Volkspartei und das Zentrum so sehr unter dem Einbruch der kommenden Wahlen, daß sie die Propaganda für einen erfolg- reichen Kampf höher schätzen als ihre Pflicht, den Reichsetat in Ordnung zu halten. Man wird also 50 Millionen an neuen Krediten bereitstellen und zwar selbst auf die Gefahr hin, daß der

Etat 1928 der erste Defizit-Etat

seit der Stabilisierung sein wird. Die Sozialdemokratie braucht sich der bisherig von der Regierungsparteien nach Wahlparolen nicht betreten zu lassen. Sie wird in den nächsten Monaten darauf verweisen können, wie die gegenwärtige Koalition im Reich mit den Reichsfinanzen gewirtschaftet hat und das Reich abermals belastet wurde, ohne der Landwirtschaft dadurch geholfen zu haben.

Wir stehen heute in der deutschen Landwirtschaft ohne Zweifel vor einer Wandlung, wie wir sie seit den großen Agrarrevolutionen vor gut 100 Jahren nicht wieder erlebt haben. Die Sozialdemokratie verkennt die Not der Landwirtschaft nicht; aber sie will u. a. t. o. u. g. l. i. c. h. e. Verträge an unauflösbaren Defizit wie die Projekte des Reichslandbundes und der Jugendvereine vermeiden und der Landwirtschaft nicht helfen. Diese Hilfe kann aber nur eintreten, wenn man die leistungsfähigen Betriebe rettet und die zusammen- brechenden Wirtschaften derart liquidiert, daß sich ihre Rentabilität in absehbarer Zeit wieder erreichen läßt. Das ist ein historischer Prozeß von gigantischem Ausmaß. Er kommt in der Agrar- politik Preußens zum Ausdruck, das die zünftigen Kredit- aktionen nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen und durchführen will. Man soll der preussischen Zentralregierungs- stelle, die das gegebene Organ ist, eine vernünftige Regelung durch- zuführen, ruhig die Bearbeitung des Problems überlassen und ihr nicht ins Werk schlagen, wie es Schiele mit seinen neuen Kredit- forderungen tut. Es kommt darauf an — und das muß man endlich in allen Kreisen begreifen — die deutsche Landwirtschaft zu retten und

nicht bankrotte Großbetriebe.

die dem Untergang geweiht sind, über Wasser zu halten. Die Rettung des bankrotten Großbetriebes ist aber das Ziel des Reichslandbundes, der Deutschnationalen und des Reichs- ernährungsministers Schiele. Deshalb hat der Abgeordnete Schlanges Schillingen am Freitag der verflochtenen Woche in Stettin u. a. verlangt, daß die

kommenden Kredite auch an unrentable Betriebe gewährt werden. Diese Forderung kann nur die wirkliche Rettung der deutschen Land- wirtschaft verzeichnen. Auch die Forderung des Reichslandbundes, in den einzelnen Bezirken Reichskommissare einzusetzen, be-

Gegen die Bazillen-Kultur.

Ruth Fishers Abschiedsgastspiel im Reichstage.

Der Reichstag ließ am Montag eine Rede der Linkstommunistin Ruth Fisher

über sich ergehen. Was ist es Schwanenlied? Dem nächsten Reichstag dürfte sie nicht mehr angehören. Bis konsequente Welt- revolutionärin ist sie von der deutschen sozialistisch-kommunistischen Aufbaufaktion in Stettin verbannt und aus eigener Kraft werden es die radikalen Kommunisten schwerlich zu einem Mandat bringen. Die um Thälmann und Koenen gehalten die Postauer Sit- pendien und nicht die Ruth Fisher, Scholen und Kap. Kreisfüh- schleudert Ruth ihre Verdammungsurteile in den Saal. Die SPD wurde von ihr ebenso schneidig niedergewürten wie die SPD. Brauer? Er ist ein gebornener Genosse der Sozialdemo- kraten. Der Kommunisten Tag im 2. März die Spur eines Revolutionärs. Er redet wie ein Ideolog unter Sozialdemokrat. Warum die kommunistische Anfrage gegen Brauer? Brauer ist doch auch nicht viel besser. Ueberhaupt die SPD rettet jeg- lichen revolutionären Geist in ihrer Mitgliedschaft aus. Seevering schmiert sich bei der Bourgeoisie an und Thälmann schmiert sich bei Seevering an. Das ist der ganze Unterschied. Die Kommunisten sind in Wirklichkeit gahne Reformisten, während Ruth Fisher als blutrote Jungfrau von Orleans den heiligen bewaffneten Krieg gegen das Bürgertum führt. Die reformistischen Kommunisten werden ihrerseits ein umschwanderten Führerin belebende Zwö- schenrufe an den Kopf. Die sozialdemokratische Reichstagsparlament- schmuzzel. Die Bürgerlichen haben fast auf. Mit welchem Substanz tritt Ruth Fisher von der Tribüne ab und schreit mit Wüden voller Verachtung durch die Reihen der rechts- kommunistischen „Arbeitervertreter und Arbeiterleute.“

Nach dieser kleinen parlamentarischen Komödie hatte es der Reichsfinanzminister Dr. Köhler schwer, das Ohr des Hauses für eine längere Erwiderung auf die Entlastung der Rechner für alle Parteien zu gewinnen. Die Kritik hat allerdings den Reichsfinanzminister innerhalb 48 Stunden da- zu erzwungen, die Finanzlage viel ernster auszumalen als es in sei- ner Hauptrede gefehlen war. Auch ihm graut vor dem Etat 1929 mit seiner vollen Damesbelastung. Er fordert strengste Sparmaß- nahmen.

Abg. Keil (Soz.)

das Stillschweigen zu einer temporellen Oppositionsrede. Er zeigte auf den

Phoebus-Standal der Reichswahl.

Wie viele Millionen Mark dazu als noch in verledenen Lössen stehen? Was sind das für Zustände, wenn ein 16-jähriger Offizier hinter dem Rücken der Wahl über Millionen von Mark verfügen darf? Keil nimmt sich dann den hiesigen Kandidat vor, der nicht magt, dem Reichstagsler Lutherer a. D. zu sagen, daß er zu un-

recht im Verwaltungsrat der Reichsbahn sitzt, zu unrecht die Auf- sichtsorgane von

24 000 M. im Jahre in die Tasche steckt.

Er ironisiert den Ministerfröhen Kudehl, dessen Enkelschul- digungsgeld niemand ernst nimmt. Dann wendet er der württember- gische Abgeordnete dem württembergischen Staatspräsidenten

Wahrheit eine schneidende Rede an, die er in der Reichstags- sache



ernsthaftig, sondern nur als politischer Trick, um die Ent- scheidung über die Schenkung von den niedrigen Staatspreisen feinerer Sorten zu verjagen. Die Spanne zwischen dem Staatspreis für Schweine und dem Laden- preis für Schweinefleisch hat sich gegenüber dem Jahre 1913 um 50 Prozent erhöht.